

# Ministerial-Blatt

für

die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben

im Ministerium des Innern.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

1913.

(Mit einem chronologischen und einem Sachregister.)

Berlin 1913.

Druck und Verlag von Wilhelm Grebe, Königl. Hofbuchdruckerei,  
Berlin SW. 68, Ritterstraße 50.



# Allgemeine Uebersicht des Inhalts.

Jahrgang 1913.

(Die Zahlen weisen auf die Seiten hin.)

- I. Allgemeine Verwaltungssachen. 1. 21. 41. 57. 77. 125. 138. 163. 183. 191. 201.
- II. Organisationsachen.
  - A. Behörden und Beamte. 4. 26. 65. 99. 134. 144. 167. 188. 193.
  - B. Staatshaushaltsetat, Kassen- und Rechnungssachen. 11. 27. 48. 188. 193.
  - C. Geschäftsgang und Ressortverhältnisse. 30. 49. 88. 134.
- III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 13. 30. 50. 66. 90. 111. 145. 167. 189. 215.
- IV. Polizeiverwaltung.
  - A. Im Allgemeinen. 14. 50. 67.
  - B. Gendarmerie. 217.
  - C. Versicherungswesen. 30.
  - D. Gewerbepolizei. 15. 35. 93. 151. 190. 194. 224.
  - E. Sicherheitspolizei. 112. 171.
  - F. Bau- und Feuerpolizei. 32. 135. 171.
  - G. Gefängniswesen, Straf- und Besserungsanstalten. 18. 69. 112. 175. 229.
  - H. Medizinalpolizei. 172. 197.
  - I. Paß- und Fremdenpolizei. 34. 68. 113. 173. 197.
  - K. Presse und Buchhandel. 33. 173. 190.
  - L. Polizei der öffentlichen Ordnung. 94. 173. 230.
  - M. Vereins- und Versammlungsrecht. 114.
- V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 18. 36. 51. 70. 97. 118. 153. 181. 190. 231.
- VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben. 19. 38. 52. 74. 136. 161. 198.
- VII. Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. 52.
- VIII. Militär- und Marine-Angelegenheiten. 20. 40. 76. 98. 121. 199. 232.
- IX. Verhältnisse zu fremden Staaten. 53. 136. 182.



# Register

zum Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung, Jahrgang 1913.

## I. Chronologisches Register..

Datum	Inhalt	Nummer	Seite	Datum	Inhalt	Nummer	Seite
<b>1911</b>							
11. Juli	Erkenntnis, betr. den Begriff des gewerblichen Arbeiters .....	1	15	24. Dezbr.	Änderungen bei den Eisenbahn-Betriebsämtern .....	1	19
27. Sept.	Beschluß, betr. Voraussetzungen für die Einleitung der Fürsorgeerziehung .....	1	1	28. —	Frankierung von Postsendungen der Gemeinde- und sonstigen Kommunalbehörden	1	13
13. Oktbr.	Erkenntnis, betr. die Ausstellung von Geldspielautomaten .....	5	93	28. —	Befanntmachung, betr. Ermächtigung zur Ausstellung von Militär-Tauglichkeits-Attesten .....	1	20
<b>1912</b>				28. —	Versuche zur Umgehung der Zuwachsteuer	2	38
10. Sept.	Anordnung der Fürsorgeerziehung für minderjährige Kinder .....	2	21				
31. Oktbr.	Versuche zur Umgehung der Zuwachsteuer	3	39	<b>1913</b>			
25. Novbr.	Erkenntnis, betr. die Art der Verkündung orts- pp. polizeilicher Vorschriften .....	1	14	6. Jan.	Betr. die neue Tabakzollordnung .....	1	20
3. Dezbr.	Auslegung des § 41 des Zuwachsteuer-Gesetzes .....	1	19	10. —	Portopflichtigkeit der Kreistags-Einladungen	1	4
4. —	Betr. Verdingungsweisen .....	2	23	10. —	Bestimmung des Begriffs der anstellungs-berechtigten ehemaligen Militärpersonen	2	26
5. —	Betr. die Vorschriften über die Gefangenen-Sammeltransporte .....	1	18	10. —	Betr. die Voraussetzungen der vorläufigen Unterbringung im Sinne des Fürsorgeerziehungsgesetzes .....	3	46
7. —	Betr. den Begriff des gewerblichen Arbeiters	1	15	10. —	Kammergerichts-Beschluß, betr. Fragen der Fürsorgeerziehung .....	4	57
7. —	Betr. den Begriff „Jugend“ im Sinne der Bestimmungen über den Privatunterricht	3	41	12. —	Verfahren bei Weiterzahlung der Veteranen-beihilfe an die nach einem anderen Bundesstaat verzogenen Kriegsteilnehmer .....	2	27
9. —	Tagegelber der königlichen Polizeikommissare bei den Polizeiverwaltungen in den Provinzen .....	1	11	13. —	Betr. Verdingungsweisen .....	2	23
12. —	Aufschrift des Aversionsstempels .....	1	2	14. —	Betr. die neue Tabakzollordnung .....	1	20
16. —	Berechnung außerordentlicher Remunerationen und Unterstützungen .....	1	11	14. —	Gebühren für Kesseluntersuchungen der Betriebsmaschinen bei den Privat-Eisenbahnen, Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen	2	36
18. —	Betr. das Verdingungsweisen .....	1	18	15. —	Betr. die Bibliographie der Sozialwissenschaften .....	2	33
18. —	Betr. Auslegung des Runderlasses vom 25. Mai 1912 (S. 122) .....	2	23	16. —	Erlaß der Zuwachsteuer aus Billigkeitsgründen .....	2	39
24. —	Ausführung des § 9 des Versicherungsgesetzes für Angestellte .....	1	13				

Datum	Inhalt	Nummer	Seite	Datum	Inhalt	Nummer	Seite
17. Jan.	Vorschriften für den Reichsbankgiroverkehr	3	48	7. März	Kassen- und Rechnungsweisen bei den Bauausführungen der Staatshochbauverwaltung	3	51
20. —	Vorläufige Empfangsbestätigungen für empfangene Wertsendungen	3	49	8. —	Krankheitsbescheinigungen nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte in der Bauverwaltung	3	51
22. —	Ermächtigung zum Begnadigungsrecht wegen Polizeistrafen	5	89	12. —	Gewährung der Vergütung für Abgang und Zugang am auswärtigen Uebernachtungsorte	4	65
23. —	Bestimmung des Begriffs der anstellungsberechtigten ehemaligen Militärpersonen	2	38	14. —	Vereinbarung zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen d. Wanderarbeiter bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern in Preußen und im Fürstentum Lippe	4	66
24. —	Beschaffung und Prüfung von Papier zu amtlichen Zwecken	2	30	14. —	Russische Vorschriften für die Einführung von Leichen in Rußland	4	68
25. —	Bestimmungen zum Versicherungsgesetz für Angestellte	2	30	16. —	Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze, betr. die Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben	4	70
27. —	Bereinsachung des Geschäftsganges bei der staatlichen Unterstützung der Beamten-Baugenossenschaften	2	24	16. —	Bestimmung für die Ermäßigung und Erstattung von Zuwachsteuerbeträgen; zuständige Behörde	4	74
31. —	Mängel in gewerblichen Küchenanlagen	2	32	20. —	Handhabung der Theater- usw. Bauordnung	4	67
4. Febr.	Nachtrag zu den Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze, betr. die Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben	4	70	22. —	Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte	4	67
7. —	Stadt Greifswald bildet vom 1. April 1913 ab einen Stadtkreis	2	30	25. —	Beschaffung der zum Zweck der Veranlagung der Zuwachsteuer erforderlichen Urkunden	4	75
8. —	Erlangung von Hilfsdiensten für Gewerbetreibende durch Gemeindebeamte	2	35	26. —	Errichtung neuer Eisenbahnämter	4	73
9. —	Durchführung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages	3	53	27. —	Erkenntnis, ob es der Polizei gestattet ist, sich in Vereinsversammlungen und geschlossenen Räumen zur Pflichterfüllung Einlaß zu verschaffen	6	114
11. —	Erkenntnis, betr. die Frage der Titelverleihung durch Selbstverwaltungskörper	5	84	28. —	Behandlung der Rechnungen über die bauliche Unterhaltung von Justizgebäuden	4	73
13. —	Erkenntnis, betr. die Frage, ob es zu Bauten, die in Ausübung eines Hoheitsrechts des Staates oder Reiches errichtet werden, einer Ansiedlungsgenehmigung bedarf	4	58	2. April	Beginn und Ende einer Zuwachsteuerbefreiung	4	76
15. —	Zuständigkeitsbereich der Grenzämter der Deutschen Zentrale für Legitimierung ausländischer Arbeiter	2	34	4. —	Neue Anstellungsnachrichten für Offiziere	4	76
15. —	Nationalitätsbeweise für Niederländer	3	54	7. —	Erkenntnis, betr. die Genehmigung von Straßenaufzügen in Großstädten	5	94
24. —	Staats- und Reichsschuldbuch-Verkehr	3	48	7. —	Allerhöchste Order, betr. Verfahren bei Chausseepolizei- und Chausseegelbüber tretungen	5	97
24. —	Schließung von Bezirken für die Notierung forstverorgungsberechtigter Anwärter	3	52	10. —	Einzeltransporte von Gefangenen zwischen Mecklenburg-Schwerin und Preußen	4	69
24. —	Erkenntnis, betr. die Frage, ob das Strafgericht, das über die Anklage wegen unbefugter Annahme von Adelsprädikaten zu entscheiden hat, an die Entscheidung des Heroldsamts gebunden ist	4	61	10. —	Stellenvermittlungen solcher Vereine und Verbände, welche ihren Sitz außerhalb Preußens haben	5	93
25. —	Beginn einer Befreiung nach § 30 des Zuwachsteuergesetzes	3	52	16. April	Stellung flüchtiger Personen durch Polizeihunde	6	112
28. —	Uebertragung von Geschäften auf den Grenzkommissar zu Lublinitz	3	56	18. —	Besteuerung von Filialbetrieben durch die Gemeinden	5	91
28. —	Auslieferungsverkehr mit Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Rußland	3	56	26. —	Grundsätze für die Beistandsleistung in Fürsorge-Erziehungsangelegenheiten usw.	5	83
1. März	Kostenerstattung bei den staatlichen Versicherungsämtern	3	47	29. —	Wahrung berechtigter Interessen der Nachbargrundstücke bei Erteilung von Dispensen von haupolizeilichen Vorschriften	5	98
3. —	Mitwirkung der Polizeibehörden bei Verhaftungen	3	50	30. —	Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung	5	88
7. —	Kürzungsvorschrift des § 12a des Hinterbliebenenfürsorgegesetzes von 1907	3	49				
7. —	Stadt Neuß bildet vom 1. April 1913 ab einen Stadtkreis	3	50				

Datum	Inhalt	Nummer	Seite	Datum	Inhalt	Nummer	Seite
30. April	Zivilvorsitzende der Ersatzkommissionen in Greifswald, Halberstadt, Geestmünde und Neuß	5	98	29. Mai	Gefangenen-Sammeltransporte auf Eisenbahnen	6	112
30. —	Staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungsanstalten	9	164	30. —	Erkenntnis, betr. Anbringung von Neffenschildern usw., welche das Landschaftsbild verunzieren	9	173
2. Mai	Kammergerichtsbeschuß in Fürsorgeerziehungs-Angelegenheiten	7	128	11. Juni	Kosten der Lieferung der Wahlordnungen an die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen usw.	7	130
3. —	Benennung für Stiftungen aus Anlaß des Regierungsjubiläums Sr. Majestät	5	88	13. —	Präjudiz aus einer Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung	9	169
5. —	Aufstellung von Geldspielautomaten	5	93	14. —	Berechnung der der Landesversicherungsanstalt nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallenden Kosten	7	130
6. —	Aufgebote in Berlin seitens auswärtiger Standesämter	5	84	18. —	Elektrische Privatanlagen für drahtlose Telegraphie	7	131
8. —	Ausführungsanweisung, betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren	5	77	21. —	Ausführung des Verfestigungsgesetzes	7	132
9. —	Kürzung der Pension bei der Weiterbeschäftigung von Pensionären	6	111	24. —	Erkenntnis, betr. die Freistellung von einer Gebühr für den Anschluß einer Privatstraße an eine städtische Kanalisation	9	169
11. —	Ausführung des § 9 Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte	5	92	25. —	Aufwendung von Mitteln für Büchereizwecke bei den Polizeiverwaltungen	7	134
13. —	Legalisation ausländischer Urkunden durch einen Konsul oder Gesandten des Reichs zur Annahme der Echtheit	6	113	28. —	Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Brasilien	7	136
14. —	Aufsichtsführung über Versicherungsunternehmungen	5	89	28. —	Zuständigkeit der für die Eisenbahndirektionsbezirke errichteten besonderen Oberversicherungsämter auch für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der staatlichen Wasserbauarbeiter	9	181
14. —	Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter in Tiefbaubetrieben	6	113	30. —	Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts	8	138
15. —	Grenzen der Zuständigkeit der Orts- und Landespolizeibehörden für Genehmigung und Ueberwachung der dem Bade- und Schiffsverkehrs dienenden Anlagen am und im Meere	6	118	30. —	Stempelpflichtigkeit von Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde	8	161
15. —	Auslegung der Meldungen über neuanziehende Personen seitens der städtischen Verwaltungen	9	173	1. Juli	Ausstellung von Zeugnissen über die Bewohnbarkeit von Räumen auf Ersuchen von Privatpersonen	7	135
20. —	Geheimhaltung von Spareinlagen bei den Sparkassen	6	111	4. —	Grundzüge für Polizeiverordnungen, betr. die Arbeiterfürsorge auf Bauten	8	153
20. —	Erkenntnis, betr. das Schulgeld für den Besuch der von einer Gemeinde unterhaltenen Fortbildungsschule	8	145	5. —	Zentralstelle der Rechtsauskunftstellen zur Bekämpfung der Schwindelfirmen	8	151
22. —	Ausführung des § 9 Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte	5	92	8. —	Zustimmung zur Anbringung künstlerischen Schmucks an Decken und Wänden in fiskalischen Gebäuden	8	155
22. —	Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der von einer Landesversicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft errichteten oder unterhaltenen Genesungsheime, Heil- und Pflegeanstalten	9	172	12. —	Besuch der Polizeischulen	7	134
25. —	Erkenntnis, betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Anstalten, die vom Kreise im öffentlichen Interesse unterhalten werden	7	125	12. —	Ausführung des die Grundstücksumlegung in Wiesbaden und Griesheim a. M. regelnden Gesetzes	8	150
26. —	Auszug aus einem Erkenntnis des Kammergerichts (s. Sachregister „Auszug“)	9	167	14. —	Autonomie der Gemeinden und Kreise zur Besteuerung des Wertzuwachses	8	161
27. —	Präjudiz aus der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	7	136	14. —	Behandlung von Befreiungsanträgen nach § 30 Ziffer 4 des Zuwachsteuergesetzes	8	162
27. —	Präjudiz aus der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	9	166	17. —	Weitervermietung von Wohnungen versetzter Beamten	8	144
				22. —	Aufstellung von Geldspielautomaten	8	151
				22. —	Ausführungsanweisung zum Wassergesetz	8	156
				22. —	Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz	8	162

Datum	Inhalt	Nummer	Seite	Datum	Inhalt	Nummer	Seite
24. Juli	Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten . . . .	10	188	8. Oktbr.	Berechnung der Kursverluste und der Zinsen des Reservefonds bei Sparkassen . . . . .	10	189
25. —	Bestimmungen über die Wohlthaten des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses . . . . .	8	143	13. —	Anträge auf Legitimierung dänischer, schwedischer und norwegischer Arbeiter . .	11	197
28. —	Verfugung von Wandergewerbescheinen an chinesische Händler . . . . .	8	153	18. —	Gewährung von Zivilpension an wieder ausscheidende Schützmannsprobisten . . . .	11	193
31. —	Sogen. Schalterauschank in Gast- und Schankwirtschaften . . . . .	8	153	20. —	Justizministerialverfügung, betr. Steuerstrafsachen . . . . .	11	194
5. Aug.	Staatliche Maßnahmen gegenüber dem Flugwesen . . . . .	8	160	22. —	Uebertragung der am Jahreschlusse bei den Baufonds verbliebenen Bestände . .	11	193
6. —	Staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungsanstalten . . . . .	9	163	22. —	Zuständigkeit der Ortspolizei, gesundheitspolizeiliche Anordnungen irgendwelcher Art gegenüber Krankenanstalten zu treffen . .	11	196
7. —	Diensttunde in der Landgendarmarie . . . .	9	171	22. —	Beistandsleistung in Fürsorge- (Zwangs-) Erziehungsangelegenheiten . . . . .	12	201
9. —	Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung . . . . .	9	166	25. —	Mitteilungspflicht an Zuwachsteuerämter bei Beurkundungen bloßer Verkaufs- anträge des Grundstückseigentümers . . . .	11	198
15. —	Allerhöchster Erlass, betr. Steuerstrafsachen .	11	194	28. —	Versicherung von Standesbeamten auf Grund Angestelltenversicherungsgesetzes . . . . .	12	214
18. —	Zuständigkeit der für die Eisenbahndirektionsbezirke errichteten besonderen Oberversicherungsämter auch für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der staatlichen Wasserbauarbeiter . . . . .	9	180	29. —	Die Bestreitung der Unterhaltungskosten in den Dienstwohnungen der Staatsbeamten	12	231
20. —	Heranziehung Eisenbahnbediensteter zum Feuerlöschdienst . . . . .	9	171	31. —	Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung (in Ostpreußen) . . . . .	11	191
20. —	Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien über Arbeiterversicherung . . . . .	9	182	6. Nov.	Behandlung der Gnadengesuche solcher Personen, welche wegen Zuwiderhandlungen gegen § 33 der Gewerbeordnung gerichtlich bestraft worden sind . . . . .	11	194
30. —	Zentralheizungsanlagen in staatlichen Gebäuden . . . . .	9	181	10. —	Gnadenweise Löschung von gerichtlichen Strafen im Strafregister . . . . .	11	192
6. Sept.	Berechnung der den Landesversicherungsanstalten nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallenden Kosten . . . . .	10	184	10. —	Ueberwachung der mittellosen sogenannten „Weltreisenden“ . . . . .	11	197
11. —	Ausführung der Reichsversicherungsordnung	10	183	11. —	Verdingungswesen . . . . .	12	232
17. —	Änderungen in der Einrichtung, dem Sitze und der Bezeichnung der Eisenbahn-Betriebs- und Werkstättenämter . . . . .	9	181	18. —	Anlegung der Bestände öffentlicher Sparkassen in Inhaberpapieren . . . . .	12	215
17. —	Bestellung von Stellvertretern für die Vorbesitzenden der Versicherungsämter . . . . .	10	188	21. —	Berechnung und Zahlung der den Oberwachmeistern und Gendarmen zustehenden Remontegelder, Fußbeschlagsbeihilfen und Vergütungen für Fahrradbeschaffung und Unterhaltung . . . . .	12	217
18. —	Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten . . . . .	10	188	22. —	Beförderung von Kindern bei Gefangenensammeltransporten . . . . .	12	229
24. —	Uebnahmeverkehr zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und Großbritannien und Irland andererseits . . . . .	10	185	22. —	Vorschriften für Radrennen ohne Benutzung von Motorrädern in überdeckten Hallen . .	12	230
26. —	Berechnung nach der Landesversicherungsanstalt nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallenden Kosten . . . . .	10	184	26. —	Veränderung von Städtenamen . . . . .	12	216
30. —	Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung (Bommerische Landgesellschaft) .	10	185	29. —	Verzeichnis der Aerzte, welche im Auslande zur Ausstellung von Zeugnissen über die Tauglichkeit militärpflichtiger Deutscher befugt sind . . . . .	12	233
2. Oktbr.	Fürsorgeerziehung Minderjähriger . . . . .	10	186	1. Dezbr.	Zuwiderhandlungen gegen die weingesehlichen Bestimmungen . . . . .	12	224
3. —	Wartezeit der Bezirkschornsteinfeger vor der Bewerbung um einen anderen Lehrbezirk	10	190	2. —	Ausführungsbestimmungen zu § 123 der Reichsversicherungsordnung . . . . .	12	214
4. —	Einstellung Einjährig-Freiwilliger am 1. April 1914 . . . . .	11	199	2. —	Zulassung von Kindern und Jugendlichen zu Nachtspielaufführungen nebst 3 Erkenntnissen und 1 Polizeiverordnung . .	12	224
4. —	Nachtrag hierzu . . . . .	12	232				

## II. Sachregister. Jahrgang 1913.

(Die Zahlen weisen auf die Seiten hin.)

### A.

- Abgang und Zugang, Vergütung für, am auswärtigen Ueberwachungsorte — bei Reisen 65.  
 Abkommen s. Arbeiterversicherung.  
 Adelsprädikate, Annahme von —, ob das Strafgericht an Entscheidungen des Heroldsamtes gebunden ist 61.  
 Aerzte im Auslande zur Ausstellung von Zeugnissen für Wehrpflichtige 121, 233.  
 Aenderungen bei Eisenbahn-Betriebsämtern 19.  
 — bei Eisenbahn-Werkstättenämtern 181.  
 — der Namen von Stadtgemeinden 216.  
 Angestellte, Ausführung des Versicherungsgesetzes für 13.  
 — Bestimmungen zum Gesetz 30.  
 — Krankheitsbescheinigungen für — in der Bauverwaltung (§ 54 des Versicherungsgesetzes) 51.  
 — Ausführung des Versicherungsgesetzes 67.  
 — Versicherung von Landesbeamten auf Grund des Gesetzes 214.  
 Anlagen am und im Meere, Ueberwachung durch die Polizei für Bade- und Schiffsverkehrsverkehr 118.  
 Anlegung von Sparcassenbeständen in Inhaberpapieren 77, 215.  
 Anordnung der Fürsorgeerziehung für minderjährige Kinder 21.  
 Ansiedelungsgenehmigung zu Bauten, die in Ausübung eines Hoheitsrechtes errichtet werden 58.  
 Anstalten, die vom Kreise im öffentlichen Interesse unterhalten werden, Gebühren für Benutzung 125.  
 Anstellungsgrundsätze 4.  
 Anstellungsnachrichten für Offiziere 76.  
 Anträge auf Legitimierung dänischer, schwedischer und norwegischer Arbeiter 197.  
 Anweisung zur Ausführung des Besitzfestigungsgesetzes 132.  
 Arbeiter s. gewerbliche Fürsorge, s. Bauten.  
 Arbeiterversicherung, Abkommen zwischen Deutschland und Italien 182.  
 Armenrecht, Zeugnis zur Erlangung 138.  
 Aufgebote in Berlin seitens auswärtiger Landesämter 84.  
 Aufsichtsführung über Versicherungs-Unternehmungen 89.

- Aufstellung von Geldspielautomaten 93, 151.  
 Aufwendung von Mitteln für Büchereizwecke bei den Polizeiverwaltungen 134.  
 Aufzüge auf öffentlichen Straßen in Großstädten, Maimzüge 94.  
 Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte 13.  
 — des § 9 desselben Gesetzes 92.  
 — des Gesetzes, betr. Grundstücksumlegung in Wiesbaden und Griesheim 150.  
 — des Wassergesetzes 156.  
 — des Reichsstempelgesetzes 162.  
 — der Reichsversicherungsordnung 183.  
 — der Reichslostenvorschriften 188.  
 — Bestimmung zu § 123 der Reichsversicherungsordnung 214.  
 Aushebung s. Zivilvorstehender.  
 Ausländische s. Urkunde.  
 — polnische Arbeiter s. Beschäftigung.  
 Auslegung des § 41 des Zuwachsteuerergesetzes 19.  
 — des Runderlasses vom 25. Mai 1912 (1912 S. 222) 23.  
 — des § 58 der Rheinischen Städteordnung 90.  
 — der Meldungen Neuanziehender seitens städtischer Verwaltungen 173.  
 Auslieferungs-Verkehr mit Frankreich, Oesterreich und Rußland 56.  
 — Vertrag zwischen Deutschland und Brasilien 136.  
 Auszug aus einem Kammergerichtserkenntnis über die Frage der Gültigkeit landrätlicher Polizeiverordnungen in den sogenannten selbständigen Städten in Hannover 167.  
 Autonomie s. Besteuerung.  
 Aversionalstempel, Aufschrift des — 3.

### B.

- Bauausführungen der Staats- und Hochbauverwaltung, betr. das Kassens- und Rechnungswesen 51.  
 Baufonds — der am Jahreschlusse bei ihnen verbliebenen Bestände 193.  
 Bauordnungen für Theater pp. 67.  
 Baupolizeigebühren, Einziehung und Verrechnung 12.  
 Bauten s. auch Ansiedelungsgenehmigung.

Bauten, Arbeiterfürsorge auf 153.  
 Beamten, Geschäftsgang bei staatlicher Unterstützung von Baugenossenschaften der — 24.  
 — Weitervermietung von Wohnungen versehener 144.  
 Befreiung nach § 30 des Zuwachsteuerergesetzes — Beginn 52.  
 — Anträge auf — Behandlung 162.  
 — Beginn und Ende der für Befreiung von der Zuwachsteuer maßgebenden Grundsätze 76.  
 Begnadigungsrecht, Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen 89.  
 Begriff des gewerblichen Arbeiters 15.  
 — der anstellungsberechtigten ehemaligen Militärpersonen 26, 38.  
 Behandlung i. Justizgebäude und Gnadengesuche.  
 Behörden, zuständige, für Ermäßigung und Erstattung der Zuwachsteuer 74.  
 Beistandsleistung in Fürsorge- (=Zwangs-)Erziehungs-An-  
 ¶ 11 gelegenen, Grundsätze 83, 201.  
 Bekanntmachung, Aenderungen in der Einrichtung pp. der Eisenbahnbetriebs- und Werkstättenämter 181.  
 Benennung für Stiftungen anlässlich des Regierungszubiläums, Allerhöchste Zustimmung 88.  
 Berechnung und Zahlung der den Oberwachmeistern und Wendarmen zustehenden Remontegelder, Fußbeschlagsbeihilfen und Vergütungen für Fahrradbeschaffung und Unterhaltung 217.  
 Berufsgenossenschaft s. Landes-Versicherungsanstalt.  
 Beschaffung von Papier zu amtlichen Zwecken 30.  
 — der zum Zwecke der Veranlagung der Zuwachsteuer erforderlichen Urkunden 75.  
 Beschäftigung, ausländisch-polnischer Arbeiter in Tiefbaubetrieben 113.  
 Besitzfestigungsgesetz, Ausführungsanweisung 132.  
 Bestellung von Urkundspersonen für Besitzfestigung 88, 166, 185, 191.  
 — von Vertretern für die Vorsitzenden der Versicherungsämter 188.  
 Besteuerung von Filialbetrieben durch Gemeinden 91.  
 — des Wertzuwachses, Autonomie der Gemeinden pp. 161.  
 Bewohnbarkeit von Räumen — Zeugnisse auf Ersuchen von Privatpersonen 135.  
 Bezirkschornsteinfeger — Wartezeit vor Bewerbung um andere Kreisbezirke 190.  
 Bibliographie der Sozialwissenschaften 33.  
 Brasilianischer Auslieferungsvertrag 136.  
 Büchereizwecke bei den Polizeiverwaltungen, Aufwendung von Mitteln 134.

## D.

Deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag, Durchführung 53.  
 Diensthunde — Stellung flüchtiger Personen durch 112.  
 — der Landgendarmarie 171.  
 Dispense von baupolizeilichen Vorschriften, Wahrung der Interessen von Nachbargrundstücken 98.  
 Doppelbesteuerungen der Wanderarbeiter durch Kommunalsteuern in Preußen und Lippe 66.  
 Drahtlose Telegraphie — elektrische Privatanlagen 131.

## E.

Eindringen der Polizei in Vereinsversammlungen und geschlossenen Räumen 114.  
 Einführung von Leichen in Rußland 68.  
 Einrichtung der Fürsorgeerziehung 1.

Einstellung Einjährig-Freiwilliger zum 1. April 1914 199, 232.  
 Einziehung und Verrechnung der Baupolizeigebühren 12.  
 Eisenbahnämter, Errichtung neuer 73.  
 Eisenbahnbediensteter, Heranziehung zum Feuerlöschdienst 171.  
 Eisenbahn-Betriebsämter, Veränderungen bei 19.  
 — und Werkstättenämter, Aenderungen 181.  
 Elektrische Privatanlagen für drahtlose Telegraphie 131.  
 Empfangsbestätigungen für Wertsendungen 49.  
 Ende s. Beginn.  
 Entscheidung des Heroldsamtes über Annahme von Adelsprädikaten, ob das Strafgericht an sie gebunden ist 61.  
 Ergänzung der Vorschriften für den Reichsbank-Giroverkehr 48.  
 Erlaß von Zuwachsteuern aus Billigkeitsgründen 39.  
 Erkenntnisse 114, 145, 164, 167, 169, 173.  
 Ersatzkommission der Stadt Bromberg, Zivilvorsitzender 40.  
 Ersuchen der Justizbehörden um Mitwirkung der Polizei bei Verhaftungen 50.

## F.

Feuerlöschdienst — Heranziehung Eisenbahnbediensteter 171.  
 Filialbetriebe — Besteuerung durch Gemeinden 91.  
 Fiskalische Gebäude — künstlerischer Schmuck an Decken pp. in ihnen 155.  
 Flüchtige Personen, Stellung durch Diensthunde 155.  
 Flugwesen — staatliche Maßnahmen gegenüber dem 160.  
 Forstversorgungsberechtigte Anwärter, Notierung, Schließung von Bezirken 52.  
 Frage, ob es zu Bauten, die in Ausübung eines Hoheitsrechts errichtet werden, einer Ansiedelungsgenehmigung bedarf 58.  
 Frankierung von Postsendungen der Gemeinde- pp. Behörden 13.  
 Fürsorgeerziehung — Voraussetzungen für Einleitung 1.  
 — Anordnung für minderjährige Kinder 21.  
 — Fragen des Kammergerichts, Beschluß 57.  
 — Beistandsleistung in ihren Angelegenheiten, Grundsätze 83, 201.  
 — Angelegenheiten, Kammergerichtsbeschluß 128.  
 — Anstalten, die staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten 163.  
 — Minderjähriger 186.

## G.

Gastwirtschaft — Schalterauschank in 153.  
 Gebühren für Kesseluntersuchungen der Betriebsmaschinen von Privateisenbahnen pp. 36.  
 — für Benutzung von Anstalten, die vom Kreise im öffentlichen Interesse unterhalten werden 125.  
 Gefangenen — Sammeltransporte 18, 112, 230 (Kinder-).  
 — Einzeltransporte — zwischen Mecklenburg und Preußen 69.  
 Geheimhaltung von Spareinlagen bei Sparfassen 111.  
 Geldspielautomaten — Aufstellung 93, 151.  
 Genehmigung von Aufzügen — (Mai-) auf öffentlichen Straßen in Großstädten 94.  
 — zur Verlängerung der Polizeistunde, Stempelpflichtigkeit 161.  
 Gerichtliche Strafen, Böschung im Strafregister 192.  
 Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der von einer Landesversicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft errichteten Genesungsheime pp. 172.  
 Gewerbetreibende, Erlangung von Hilfsdiensten durch Gemeindebeamte 35.  
 Gewerbliche Arbeiter, Begriffserklärung 15.  
 — Küchenanlagen, Mängel in 32.

Gnadengesuche solcher Personen, welche wegen Zuwiderhandlungen gegen § 33 der Gewerbeordnung gerichtlich bestraft worden sind 194.  
 Grenzämter der Deutschen Zentrale in bezug auf die Legitimierung ausländischer Arbeiter, Zuständigkeit 34.  
 Grenzkommisсар in Lubliniz — Geschäftsübertragung 56.  
 Grundsätze f. Beistandsleistung.  
 — zur Anstellung von Militärärzten 4, 99.  
 Grundstücksumlegung in Wiesbaden und Griesheim 150.

## S.

Seranziehung f. Feuerlöschdienst.  
 Heraldamt f. Adelsprädikate.  
 Hilfsdienste für Gewerbetreibende durch Gemeindebeamte 35.  
 Hinterbliebenen = Fürsorgegesetz von 1907, Kürzungsvorschrift des § 12a 49.  
 Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben 70.  
 Hinweis f. a. Meyer.  
 — für die Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung 190.  
 Aufschlagbeihilfen für Oberwachmeister und Gendarmen, Berechnung von 217.

## T.

„Jugend“, Beschluß über den Begriff im Sinne der Vorschriften über Privatunterricht 41.  
 Justizgebäude, Behandlung der Rechnungen über bauliche Unterhaltung der 73.

## K.

Kammergerichts = Beschluß, betr. Voraussetzungen der vorläufigen Unterbringung im Sinne des Fürsorgegesetzes 46.  
 Kassen- und Rechnungswesen, bei Bauausführungen der Staatshochbauverwaltung 51.  
 Kesseluntersuchungen der Betriebsmaschinen bei Privat-eisenbahnen pp., Gebühren 36.  
 Kinderbeförderung bei Gefangenen = Sammeltransporten 230.  
 Kosten der Lieferung der Wahlordnungen an Krankenkassen und Versicherungsvertreter 130.  
 — der der Landesversicherungs-Anstalt zur Last fallenden, Berechnung 130, 184.  
 Kostenerstattung bei den staatlichen Versicherungsämtern 47.  
 Krankenanstalten f. Ortspolizei.  
 Krankheitsbescheinigungen nach § 54 des Versicherungsgesetzes für Angestellte der Bauverwaltung 51.  
 Kreistageeinladungen, Postpflichtigkeit der 4.  
 Künstlerischer Schmuck an Deden pp. in fiskalischen Gebäuden 155.  
 Kürzung der Pension bei Wiederbeschäftigung des Pensionärs 111.  
 Kürzungsvorschrift des § 12a des Hinterbliebenenfürsorgegesetzes von 1907 49.

## L.

Landesanstalt für Wasserhygiene 65.  
 Landesversicherungsanstalt, von einer solchen errichtete oder unterhaltene Genesungsheime pp., gesundheitspolizeiliche Ueberwachung 172.  
 — Berechnung der Kosten, die ihr nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallen 130, 184.  
 Landgendarmarie, Diensthund 171.

Legalisation ausländischer Urkunden durch einen Konsul oder Gesandten zur Annahme der Echtheit 113.  
 Legitimierung ausländischer Arbeiter, Zuständigkeit der Grenzämter 34.  
 — dänischer, schwedischer und norwegischer Arbeiter, Anträge auf 197.  
 Leichen = Einführung in Rußland 68.  
 Lichtspielvorführung, Zulassung von Kindern pp. 224.  
 Lieferung f. Wahlordnungen.  
 Löschung von gerichtlichen Strafen im Strafregister 192.  
 Lubliniz f. Grenzkommisсар.

## M.

Meldungen Neuanziehender, Auslegung seitens städtischer Verwaltungen 173.  
 Meyer, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz 173.  
 Militärärzte, Anstellungsgrundsätze 4, 99.  
 Militärpflichtige Deutsche im Auslande, Tauglichkeitsatteste, Mexiko 20, 131, 233.  
 Minderjährige, Fürsorgeziehung 186.  
 Mitteilungspflicht an Zuwachsteuerämtern bei Beurteilungen bloßer Verkaufsangebote des Grundstückseigentümers 193.  
 Mitwirkung der Polizeibehörden bei Verhaftung, Ersuchen der Justizbehörden 50.  
 Motorräder, Benutzung für Radrennen in überdeckten Hallen 230.

## N.

Nationalbeweise für Niederländer, die in Deutschland leben 54.  
 Neuß, bildet eigenen Stadtkreis 50.  
 Niederlassungsvertrag, Deutsch = Schweizerischer, Durchführung 53.  
 Notierung, forstversorgungsberechtigter Anwärter, Schließung von Bezirken 52.  
 Notiz, Auflösung des Dienstverhältnisses der Arbeiter auch in den Wasserbauverwaltungen 190.

## O.

Oberversicherungsämter der Eisenbahn-Direktionen, ihre Zuständigkeit auch für Invaliden-Versicherung der Wasserbauarbeiter 180.  
 Orts- und kreispolizeiliche Vorschriften, Verkündigung 14.  
 Ortspolizei, ihre Zuständigkeit gesundheitspolizeiliche Anordnungen gegenüber Krankenanstalten zu treffen 196.

## P.

Papier zu amtlichen Zwecken, Beschaffung und Prüfung 30.  
 Pension, Kürzung bei Wiederbeschäftigung von Pensionären 111.  
 Polizeibehörde, ob ihr gestattet ist, sich in Vereinsversammlungen und geschlossene Räume zur Ueberwachung Einlaß zu verschaffen 114.  
 Polizeikommisсар bei den Polizei-Verwaltungen, Tagelöhner 11.  
 Polizeiliche Strafverfügungen wegen Uebertretungen, Begnadigungsrecht der Minister 89.  
 Polizeischulen, Besuch der 134.  
 Polizeiverordnungen, Arbeiterfürsorge auf Bauten 153.  
 Postpflichtigkeit der Kreistageeinladungen 4.

Postsendungen der Gemeinde= pp. Behörden, Frankierung 13.  
 Potsdamsches Großes Militär=Waisenhaus, Bestimmungen  
 über die Wohlthaten 143.  
 Präjudize aus Entscheidungen des Oberverwaltungs=Gerichts  
 136, 166, 169.  
 Privatanlagen f. elektrische.  
 Privatunterricht, Begriff: „Jugend“ im Sinne der Be=  
 stimmungen über ihn, Reichsgerichts=Beschluß 41.

## R.

Radrennen ohne Motorräder in überdeckten Hallen 230.  
 Rechnungs= f. Kassenwesen.  
 Rechnungen über bauliche Unterhaltung von Justizgebäuden 73.  
 Reichsbankgiroverkehr, Vorschriften für den 48.  
 Reichsschuldbuchverkehr 48.  
 Reichsstempelgesetz, Ausführungsbestimmungen 162.  
 Reichsversicherungsordnung, Ausführung der 183.  
 — des § 123. 214.  
 Reisekosten der Staatsbeamten, Vorschriften, Ausführungs=  
 anweisung 188.  
 Reklameschilder, die die Landschaft verunzieren 173.  
 Remontegelber, Fußbeschlag= und Fahrradbeihilfe pp. für  
 Gendarmerie 217.  
 Remunerationen pp., Berechnung 11.  
 Rheinische Städteordnung, Auslegung des § 58. 90.  
 Russische Vorschriften, Einführung von Leichen 68.

## S.

Sammeltransporte auf Eisenbahnen f. a. Gefangene.  
 Schalterauschank in Gast= pp. Wirtschaften 153.  
 Schiedsmänner=Tätigkeit, Uebersicht 133.  
 Schließung von Bezirken für Notierung forstverorgungs=  
 berechtigter Anwärter 52.  
 Schutzmannsprobisten, Zivilpension an wieder aus=  
 scheidende 193.  
 Schweizerischer f. Deutschschweizerischer.  
 Schweindefirmen, ihre Bekämpfung, Rechtsauskunftsstellen  
 151.  
 Selbstverwaltungskörper, Titelverleihung durch sie 84.  
 Sozialwissenschaften, Bibliographie 33.  
 Sparkassen, Anlegung von Beständen in Inhaberpapieren 77  
 u. 215.  
 — Geheimhaltung von Einlagen bei ihnen 111.  
 — Berechnung der Kursverluste und Zinsen des Reserve=  
 fonds 189.  
 Staatliche Unterstützung der Beamten=Vaugenossenschaften,  
 Geschäftsgang 24.  
 — Maßnahmen gegenüber dem Flugwesen 160.  
 — f. a. Zuschußpflicht.  
 Staatsschuldbuch=Verkehr 48.  
 Staats= und Reichsangehörigkeit, Gesetz, Kommentar 73.  
 Standesbeamte, Versicherung auf Grund des Angestellten=  
 Versicherungsgesetzes 214.  
 Stadtkreise: Greifswald 30. Neuß 50.  
 Städte=Namenänderungen 216.  
 Stellenvermittlungen durch solche Vereine pp., welche  
 ihren Sitz außerhalb Preußens haben 93.  
 Stellung f. flüchtige Personen.  
 Stempelpflichtigkeit von Genehmigungen zur Verlängerung  
 der Polizeistunde 161.  
 Stiftungen aus Anlaß des Allerhöchsten Regierungs=  
 Jubiläums, Benennungen 88.  
 Strafregister, Löschung gerichtlicher Strafen im 192.

## T.

Tabak, Zollordnung 20.  
 Tagegelder der Königlich Polizeikommissare bei den  
 Polizeiverwaltungen 11.  
 Tauglichkeitszeugnisse für militärpflichtige Deutsche im  
 Auslande, Mexiko 20, 121, 233.  
 Theater= usw. Bauordnungen, Handhabung 67.  
 Titelverleihung durch Selbstverwaltungskörper 84.

## U.

Ueberhebung f. Verkehrsabgaben.  
 Uebernahme=Verkehr zwischen Deutschland und Groß=  
 britannien und Irland 185.  
 Ueberzicht der Schiedsmänner=Tätigkeit 133.  
 Uebertragung der am Jahreschlusse bei den Baufonds  
 verbliebenen Bestände 193.  
 Ueberwachung der dem Vadeleben und Schiffahrtsverkehr  
 dienenden Anlagen am Meere, Grenzen der Zuständigkeit 118.  
 — f. a. gesundheitspolizeiliche.  
 — der mittellosen sogenannten Weltreisenden 197.  
 Umgehung der Zuwachssteuer 38.  
 Unterstützungen (außerordentlicher) und Remunerationen,  
 Berechnung 11.  
 Urkunden, Legalisation ausländischer, zur Annahme ihrer  
 Echtheit 113.  
 Urkundspersonen, Bestellung für Besitzfestigung 88, 166,  
 185, 191.

## V.

Verdingungswesen 18, 23, 232.  
 Vereinfachung des Geschäftsganges, bei der staatlichen  
 Unterstützung der Beamten=Vaugenossenschaften 24.  
 Vereine und Verbände, die außerhalb Preußens den Sitz  
 haben, Stellenvermittlungen 93.  
 Vereinsversammlungen, Eindringen der Polizei in  
 solche zur Ueberwachung, Erkenntnis 114.  
 Verfahren bei Chausseepolizei= und =Geldübertretungen, Zu=  
 ständigkeit von Landräten in Westfalen 97.  
 Vergütung für Zu= und Abgang bei Reisen am aus=  
 wärtigen Uebernachtungsorte 65.  
 Verhaftungen, Mitwirkung der Polizeibehörden 50.  
 Verkaufsanträge f. Zuwachssteuerämter.  
 Verkehrsabgaben, Ueberhebung pp. 70.  
 Verkündung orts= und kreispolizeilicher Vorschriften 14.  
 Verlängerung der Polizeistunde f. Genehmigung.  
 Berechnung außerordentlicher Remunerationen und Unter=  
 stützungen 11.  
 — der Kursverluste und Zinsen bei Sparkassen 189.  
 — der der Landesversicherungsanstalt nach der Reichs=  
 versicherungsordnung zur Last fallenden Kosten 130, 184.  
 Versagung f. Wandergewerbebeschein.  
 Versicherungsämter, Kostenerstattung bei den 47.  
 — Stellvertreter für die Vorsitzenden 188.  
 Versicherungsgesetz für Angestellte, Ausführung der § 9  
 13 u. 91.  
 — Bestimmungen zum 30.  
 Versicherungsunternehmungen, Aufsichtsführung 89.  
 Verunzierung der Landschaftsbilder durch Reklameschilder  
 173.  
 Veteranenbeihilfe, Verfahren bei Weiterzahlung von nach  
 anderen Bundesstaaten verzogenen Veteranen 27.

Voraussetzungen für Einleitung der Fürsorgeerziehung 1.  
— der vorläufigen Unterbringung im Sinne des Fürsorge-  
gesetzes 46.

Vorläufige f. Empfangsbescheinigung.

Vorsitzende der Versicherungsämter, Stellvertreter 188.

### W.

Wahlordnungen bei Krankenkassen, Kosten der Lieferung  
an Vorstände und Wahlberechtigte 130.

Wahrung berechtigter Interessen der Nachbargrundstücke bei  
Dispensen von baupolizeilichen Vorschriften 98.

Wanderarbeiter, Heranziehung zu Kommunalsteuern in  
Preußen und Lippe, Doppelbesteuerungen 66.

Wandergewerbescheine an chinesische Händler 153.

Wartezeit der Bezirksförsternsteinsieger vor Bewerbung um  
andere Kreisbezirke 190.

Wasserbauarbeiter, Invaliden pp. Versicherung derselben,  
Zuständigkeit auch der Oberversicherungsämter für Eisen-  
bahndirektionsbezirke 180.

Wasserbauverwaltung, Auflösung des Dienstes der  
Arbeiter 190.

Wassergesetz, Ausführungsanweisung 156.

Wasserhygiene, Landesanstalt für 65.

Weingeseßliche Bestimmungen, Zuwiderhandlungen 224.

Weitervermietung von Wohnungen verfeßter Beamten 144.

Weiterzahlung der Veteranenbeihilfe an die in andere  
Bundesstaaten verzogenen Veteranen 27.

Weltreisende, sogenannte mittellose, ihre Ueberwachung 197.

Wertsendungen, Empfangsbestätigung für empfangene 49.

Wertzuwachs, Besteuerung, Autonomie der Gemeinden 161.

Wiederbeschäftigung eines Pensionärs, Kürzung der  
Pension 111.

Wohlthaten des Potsdamschen Militär-Waisenhauses, Be-  
stimmungen über die 143.

### Z.

Zentralheizungsanlagen in staatlichen Gebäuden 181.

Zentralstelle der Rechtsauskunftstellen zur Bekämpfung der  
Schwindelfirmen 151.

Zeugnisse von ausländischen Ärzten für Wehrpflichtige 20  
121, 233.

— für Privatpersonen über Bewohnbarkeit von Räumen 135.  
— zur Erlangung des Armenrechtes 138.

Zivilpension an wieder ausscheidende Schutzmannsprobisten  
193.

Zivilvorsitzende des Ausbelegungsbezirks Bromberg 40.

— Greifswald, Halberstadt, Gesehsmünde und Neuß 98.

Zugang f. Abgang.

Zulassung von Kindern und Jugendlichen zu Lichtbilder-  
Vorführungen 224.

Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungs-  
anstalten 163.

Zuständigkeit der Landräte bei Verfahren wegen Chaussee-  
polizei- und Geldübertretungen auch in Westfalen bezw.  
Rheinprovinz 97.

— der Orts- pp. Polizeibehörden zur Ueberwachung der dem  
Bade- und Schifffahrtsverkehr dienenden Anlagen am  
Meere 118.

— der für die Eisenbahndirektionsbezirke errichteten Ober-  
versicherungs-Ämter auch für Invaliden und Hinter-  
bliebenenversicherung der Wasserbauarbeiter 180.

— der Ortspolizei, gesundheitspolizeiliche Anordnungen gegen-  
über Krankenanstalten zu treffen 196.

Zuständigkeitsbereich der Grenzämter der Deutschen  
Zentrale, Legitimierung ausländischer Arbeiter 34.

Zustimmung f. künstlerischer Schmuck.

Zuwachsteuerämter, Mitteilungspflicht an, bei Beur-  
kundungen bloßer Verkaufsanträge des Grundstückseigen-  
tümers 198.

Zuwachsteuergesetz, Auslegung des § 41 19.

— Versuch zur Umgehung 38.

— Erlaß der Steuer aus Billigkeitsgründen 39.

— Beginn der Befreiung nach § 30, 52.

— Bestimmung über Ermäßigung und Erstattung — die zu-  
ständige Behörde 74.

— Beschaffung der zur Veranlagung erforderlichen Urkunden 75.

— die für Beginn und Ende einer Befreiung maßgebenden  
Grundsätze 76.

— Behandlung der Anträge auf Befreiung 162.

Zuwiderhandlungen gegen weingeseßliche Bestimmungen 224.



# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfa. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 1.

Berlin, 31. Januar 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang

**Inhalt: I. Allgemeine Verwaltungssachen.** 1) Beschluß des Königlichen Kammergerichts in Berlin vom 27. September 1912, betr. Voraussetzungen für die Einleitung der Fürsorgeerziehung. S. 1. — 2) Verfügung vom 12. Dezember 1912, betr. Aufschrift des Aversional-Stempels. S. 3. — 3) Verfügung vom 10. Januar 1913, betr. die Frage der Postpflichtigkeit der Kreistags-Einladungen. S. 4.

**II. Organisationsachen.** A. Behörden und Beamte. 4) Deckblätter Nr. 8—64 zu den Grundsätzen für die Besetzung der mittleren, Kanzlei- und Unterbeamtenstellen, I. bei den Reichs- und Staatsbehörden, II. bei den Kommunalbehörden usw. mit Militäranwärtern und Inhabern des Anstellungsscheins. S. 4. — 5) Verfügung vom 13. November und 9. Dezember 1912, betr. Tagegelde der Königlichen Polizeikommissare bei den Polizeiverwaltungen in den Provinzen. S. 11. — B. Staatshaushalt, Etat, Kassen- und Rechnungssachen. 6) Verfügung vom 16. Dezember 1912, betr. Verrechnung außerordentlicher Remunerationen und Unterstützungen. S. 11. — 7) Verfügung vom 2. Januar 1913, betr. die Einziehung und Verrechnung der zur Staatskasse fließenden Baupolizeigebühren. S. 12.

**III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute.** 8) Verfügung vom 24. Dezember 1912, betr. die Ausführung des § 9, Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1912. S. 13. — 9) Verfügung vom 28. Dezember 1912, betr. die Frankierung von Postsendungen der Gemeinde- und sonstigen Kommunalbehörden. S. 13.

**IV. Polizeiverwaltung.** A. Im Allgemeinen. 10) Erkenntnis des Königlichen Kammergerichts in Berlin vom 15. November 1912, betr. die Art der Verkündung orts- und freispolizeilicher Vorschriften. S. 14. — B. Gewerbepolizei. 11) Verfügung vom 7. Dezember 1912 und Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 11. Juli 1912, betr. den Begriff der gewerblichen Arbeiter. S. 15. — C. Gefängniswesen, Straf- und Besserungsanstalten. 12) Verfügung vom 5. Dezember 1912, betr. Ergänzung der Ziffer 12 der Vorschriften über die Gefangenen-Sammeltransporte. S. 18.

**V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten.** 13) Verfügung vom 18. Dezember 1912, betr. das Verdingungswesen. S. 18. — 14) Bekanntmachung vom 24. Dezember 1912, betr. Veränderungen bei den Eisenbahn-Betriebsämtern. S. 19.

**VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben.** 15) Verfügung vom 5. Dezember 1912, betr. Auslegung des § 41 des Zuwachsteuer-Gesetzes. S. 19. — 16) Bekanntmachung vom 6. und Verfügung vom 14. Januar 1913, betr. die neue Tabakzollordnung. S. 20.

**VII. Militär- und Marine-Angelegenheiten.** 17) Bekanntmachung. S. 20.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

- 1) Beschluß des Königlichen Kammergerichts in Berlin vom 27. September 1912, betr. Voraussetzungen für die Einleitung der Fürsorgeerziehung.

### Beschluß.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts in C., betreffend die Fürsorgeerziehung der 6 minderjährigen Geschwister F. hat der Zivilsenat 1a des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 27. September 1912 auf die von dem Oberbürgermeister in C. eingelegte sofortige weitere Beschwerde beschlossen:

Der Beschluß der 2. Ferien-Zivilkammer des Königlichen Landgerichts in C. vom 19. August 1912 und der Beschluß des Königlichen Amtsgerichts in C. vom 28. Juni 1912 werden insoweit aufgehoben, als sie die Minderjährigen Julie, Hermann, Emma und S. F. betreffen.

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 2.

Berlin, 28. Februar 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang

- Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 18) Beschluß des Königl. Kammergerichts vom 10. September 1912, betr. Anordnung der Fürsorgeerziehung für minderjährige Kinder. S. 21. — 19) Verfügung vom 4. Dezember 1912, betr. Verdingungswesen. S. 23. — 20) Verfügung vom 18. Dezember 1912, betr. Auslegung des Runderlasses vom 25. Mai 1912 (Min. Bl. f. d. i. B. 1912, S. 222). S. 23. — 21) Verfügung vom 13. Januar 1913, betr. Verdingungswesen. S. 23. — 22) Verfügung vom 27. Januar 1913, betr. Vereinfachung des Geschäftsganges bei der staatlichen Unterstützung der Beamten-Vaagenoffenschaften. S. 24.
- II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 23) Verfügung vom 10. Januar 1913, betr. Bestimmung des Begriffs der anstellungsberechtigten ehemaligen Militärpersonen im Sinne des § 14, Nr. 3 des Zivilpensionsgesetzes. S. 26. — B. Staatshaushaltetat, Kassen- und Rechnungssachen. 24) Verfügung vom 12. Januar 1913, betr. das Verfahren bei Weiterzahlung der Veteranen-Beihilfe an die nach einem anderen Bundesstaat verzogenen Kriegsteilnehmer. S. 27. — C. Geschäftsgang und Ressortverhältnisse. 25) Verfügung vom 24. Januar 1913, betr. Beschaffung und Prüfung von Papier zu amtlichen Zwecken. S. 30.
- III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 26) Bekanntmachung. S. 30.
- IV. Polizeiverwaltung. A. Versicherungsachen. 27) Verfügung vom 25. Januar 1913, betr. Bestimmungen zum Versicherungsgesetz für Angestellte. S. 30. — B. Bau- und Feuerpolizei. 28) Verfügung vom 31. Januar 1913, betr. Mängel in gewerblichen Küchenanlagen. S. 32. — C. Presse und Buchhandel. 29) Verfügung vom 15. Januar 1913, betr. die Bibliographie der Sozialwissenschaften. S. 33. — D. Paß- und Fremdenpolizei. 30) Verfügung vom 15. Februar 1913, betr. den Zuständigkeitsbereich der Grenzämter der Deutschen Zentrale in Bezug auf die Legitimierung von ausländischen Arbeitern. S. 34. — E. Gewerbepolizei. 31) Verfügung vom 8. Februar 1913, betr. die Erlangung von Hilfsdiensten für Gewerbetreibende durch Gemeindebeamte. S. 35.
- V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 32) Verfügung vom 14. Januar 1913, betr. Gebühren für Kesseluntersuchungen der Betriebsmaschinen bei den Privateisenbahnen, Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen. S. 36. — 33) Verfügung vom 23. Januar 1913, betr. Bestimmung des Begriffs der anstellungsberechtigten ehemaligen Militärpersonen. S. 38.
- VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben. 34) Verfügung vom 28. Dezember 1912, betr. Versuche zur Umgehung der Zuwachssteuer. S. 38. — 35) Verfügung vom 16. Januar 1913, betr. Anträge auf den Erlaß von Zuwachssteuer aus Billigkeitsgründen. S. 39.
- VII. Militär- und Marine-Angelegenheiten. 36) Bekanntmachung. S. 40.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

- 18) Beschluß des Königl. Kammergerichts vom 10. September 1912, betr. Anordnung der Fürsorgeerziehung für minderjährige Kinder.

In Sachen des Königl. Amtsgerichts in D., betreffend Anordnung der Fürsorgeerziehung für die minderjährigen Geschwister S. daselbst, hat der erste Ferien-Zivilsenat des Königl. Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 10. September 1912, auf die von dem Landeshauptmann in W. eingelegte sofortige weitere Beschwerde beschlossen:

Der Beschluß der Ferienkammer des Königl. Landgerichts in L. vom 25. Juli 1912 und der Beschluß des Königl. Amtsgerichts in D. vom Juli 1912 werden aufgehoben. Die Sache wird zur anderweiten Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Amtsgericht zurückverwiesen.

Gebühren und Auslagen kommen nicht in Ansatz.

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schluß eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 3.

Berlin, 31. März 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang

**Inhalt: I. Allgemeine Verwaltungssachen.** 37) Beschluß des Reichsgerichts vom 7. Dezember 1912, betr. den Begriff „Jugend“ im Sinne der preussischen Bestimmungen über den Privatunterricht. S. 41. — 38) Beschluß des Königlichen Kammergerichts vom 10. Januar 1913, betr. die Voraussetzungen der vorläufigen Unterbringung im Sinne des § 5 F.C.G. S. 46. — 39) Verfügung vom 1. März 1913, betr. Kostenerstattung bei den staatlichen Versicherungsämtern. S. 47.

**II. Organisationsachen.** A. Staatshaushaltsetat, Kassen und Rechnungssachen. 40) Verfügung vom 17. Januar 1913, betr. Ergänzung der Vorschriften für den Reichsbankgiroverkehr. S. 48. — 41) Verfügung vom 24. Februar 1913, betr. den Staats- und Reichsschuldbuch-Verkehr. S. 48. — 42) Verfügung vom 7. März 1913, betr. Hinweis auf die Kürzungsvorschrift des § 12a des Winterbliebenenfürsorgegesetzes in der Fassung vom 27. Mai 1907 (G.S. S. 99.) S. 49. — B. Geschäftsgang und Ressortverhältnisse. 43) Verfügung vom 20. Januar 1913, betr. vorläufige Empfangsbestätigungen für empfangene Wertsendungen. S. 49.

**III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute.** 44) Bekanntmachung. S. 50.

**IV. Polizeiverwaltung.** Im Allgemeinen. 45) Verfügung vom 3. März 1913, betr. Ersuchen der Justizbehörden um Mitwirkung der Polizeibehörden bei Verhaftungen pp. S. 50.

**V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten.** 46) Verfügung vom 7. März 1913, betr. das Kassen- und Rechnungswesen bei den Bauausführungen der Staatshochbauverwaltung. S. 51. — 47) Verfügung vom 8. März 1913, betr. Ausstellung der Krankheitsbescheinigung nach § 54, Abs. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte in der Baubauverwaltung. S. 51.

**VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben.** 48) Verfügung vom 25. Februar 1913, betr. die Frage des Beginns einer Befreiung nach § 30, Ziffer 4 des Zuwachsteuergesetzes. S. 52.

**VII. Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.** 49) Verfügung vom 24. Februar 1913, betr. Schließung von Bezirken für die Notierung forstversorgungsberechtigter Anwärter S. 52.

**VIII. Verhältnisse zu fremden Staaten.** 50) Verfügung vom 9. Februar 1913, betr. weitere Durchführung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 13. November 1909. S. 53. — 51) Verfügung vom 15. Februar 1913, betr. Nationalitätsbeweisen für Niederländer mit Bezug auf den Runderlaß vom 11. September 1912 (Min. Bl. f. d. i. B. 1912, S. 294). S. 54. — 52) Verfügung vom 28. Februar 1913, betr. Uebertragung von Geschäften auf den Grenzkommissar zu Lubliniz. S. 56. — 53) Bekanntmachung vom 28. Februar 1913, betr. den Auslieferungsverkehr mit Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Rußland. S. 56.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

37) Beschluß des Reichsgerichtes vom 7. Dezember 1912, betr. den Begriff „Jugend“ im Sinne der preussischen Bestimmungen über den Privatunterricht.

In der Strafsache gegen den Zahnarzt F. S. in H.

wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs hat das Reichsgericht, vereinigte Strafsenate, in der Sitzung vom 7. Dezember 1912 gemäß § 139, Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes, beschlossen:

Die gemäß § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom Dritten Strafsenat den vereinigten Strafsenaten des Reichsgerichtes vorgelegte Frage ist in folgender Fassung verneint worden:

„Gehören zur Jugend im Sinne der den Privatunterricht regelnden Bestimmungen der Allerhöchsten preussischen Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der preussischen Ministerial-

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.  
Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

**N<sup>o</sup>. 4.**

Berlin, 30. April 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang

- Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 54) Beschluß des Königlichen Kammergerichts vom 10. Januar 1913, betr. Fragen der Fürsorge-Erziehung. S. 57. — 55) Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 13. Februar 1913, betr. die Frage, ob es zu Bauten, die in Ausübung eines Hoheitsrechts des Staates oder des Reiches errichtet werden, einer Ansiedlungsgenehmigung bedarf. S. 58. — 56) Erkenntnis des Königlichen Oberlandesgerichts in Düsseldorf vom 24. Februar 1913, betr. die Frage, ob das Strafgericht, das über die Anklage wegen unbefugter Annahme von Adelsprädikaten zu entscheiden hat, an die Entscheidung des Heroldsamts gebunden ist, daß dem Angeklagten das angenommene Adelsprädikat nicht zustehe. S. 61.
- II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 57) Bekanntmachung. S. 65. — 58) Verfügung vom 12. März 1913, betr. Gewährung der Vergütung für Abgang und Zugang am auswärtigen Uebernachtungsorte. S. 65.
- III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 59) Verfügung vom 14. März 1913, betr. Vereinbarung zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen der Wanderarbeiter bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern in Preußen und im Fürstentum Lippe. S. 66. — 60) Verfügung vom 22. März 1913, betr. Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. S. 67.
- IV. Polizeiverwaltung. A. Im Allgemeinen. 61) Verfügung vom 20. März 1913, betr. Handhabung der Theater- u. Bauordnungen. (Runderlaß vom 6. April 1909, (Min. Bl. f. d. i. B. 1909, S. 134). S. 67. — B. Paß- und Fremdenpolizei. 62) Verfügung vom 14. März 1913, betr. russischerseits erlassene Vorschriften für die Einführung von Leichen in Rußland. S. 68. — C. Gefängnisse, Straf- und Besserungsanstalten. 63) Verfügung vom 10. April 1913, betr. Einzeltransporte von Gefangenen zwischen Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin und Preußen. S. 69.
- V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 64) Verfügung vom 16. März 1913, betr. einen Nachtrag zu den Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze, betreffend die Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben vom 2. Mai 1900. S. 70. — 65) Bekanntmachung vom 26. März 1913, betr. Errichtung neuer Eisenbahnämter. S. 73. — 66) Verfügung vom 28. März 1913, betr. die Behandlung der Rechnungen über die bauliche Unterhaltung von Justizgebäuden seitens der Baubehörden. S. 73.
- VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben. 67) Verfügung vom 16. März 1913, betr. Bestimmung der für die Ermäßigung und Erstattung von Zuwachsteuerbeträgen zuständigen Behörde sowie Erläuterung der Ziffer I, 2 des in den Amlichen Mitteilungen über die Zuwachsteuer (Seite 19 der Nr. 2 des 3. Jahrgangs) veröffentlichten Beschlusses des Bundesrats vom 13. Febr. 1913. S. 74. — 68) Verfügung vom 25. März 1913, betr. Beschaffung der zum Zweck der Veranlagung der Zuwachsteuer erforderlichen bei den Grundakten befindlichen Urkunden. S. 75. — 69) Verfügung vom 2. April 1913, betr. die für Beginn und Ende einer Befreiung nach § 30, Ziffer 4 des Zuwachsteuergesetzes maßgebenden Grundätze. S. 76.
- VII. Militär- und Marineangelegenheiten. 70) Verfügung vom 4. April 1913, betr. „Neue Anstellungs-Nachrichten für Offiziere“. S. 76.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

54) Beschluß des Königlichen Kammergerichts vom 10. Januar 1913, betr. Fragen der Fürsorgeerziehung.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts in Ratingen betreffend die Fürsorgeerziehung der minderjährigen Geschwister L. hat der Zivilsenat I a des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 10. Januar 1913 auf die von dem Landeshauptmann der Rheinprovinz eingelegte sofortige weitere Beschwerde beschloffen:

pp.

Aus diesen Gründen waren die Beschlüsse der Vorinstanzen aufzuheben, soweit sie den Antrag auf Fürsorgeerziehung der K. und des F. L. zurückweisen, und es war die Sache zur anderweiten Er-

# Ministerial-Blatt

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Ml. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

**N<sup>o</sup>. 5.**

Berlin, 31. Mai 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang

**Inhalt: I. Allgemeine Verwaltungssachen.** 71) Ausführungsanweisung vom 8. Mai 1913 zum Gesetz vom 23. Dezember 1912, betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren (Gesetzsamml. 1913, S. 3). S. 77. — 72) Bekanntmachung vom 26. April 1913, betr. Grundsätze für die Beistandsleistung in Fürsorge- (Zwangs-) Erziehungsangelegenheiten. S. 83. — 73) Verfügung vom 6. Mai 1913, betr. Anordnungen von Aufgeboten in „Berlin“ seitens auswärtiger Standesämter. S. 84. — 74) Erkenntnis des Königlichen Oberverwaltungsgerichts vom 11. Februar 1913, betr. die Frage der Titelverleihung durch Selbstverwaltungskörper. S. 84. — 75) Verfügung vom 30. April 1913, betr. Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung. S. 88.

**II. Organisationsachen.** A. Geschäftsgang und Ressortverhältnisse. 76) Verfügung vom 3. Mai 1913, betr. Benennungen für Stiftungen aus Anlaß des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers und Königs. S. 88. — 77) Allerhöchste Order vom 22. Januar 1913. S. 89. — 78) Verfügung vom 14. Mai 1913, betr. die Aufsichtsführung über Versicherungsunternehmungen. S. 89.

**III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute.** 79) Erkenntnis des Königlichen Oberverwaltungsgerichts vom 14. März 1913, betr. Auslegung des § 58, Abs. 5 der Rheinischen Städteordnung. S. 90. — 80) Verfügung vom 18. April 1913, betr. die Besteuerung von Filialbetrieben durch die Gemeinden. S. 91. — 81) Verfügung vom 11. Mai 1913, betr. Ausführung des § 9, Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. S. 92. — 82) Verfügung vom 22. Mai 1913, betr. Ausführung des § 9, Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. S. 92.

**IV. Polizeiverwaltung.** A. Gewerbepolizei. 83) Verfügung vom 10. April 1913, betr. Stellenvermittlungen solcher Vereine und Verbände, welche ihren Sitz außerhalb Preußens haben. S. 93. — 84) Verfügung vom 5. Mai 1913 und Erkenntnis vom 13. Oktober 1911, betr. Aufstellung von Geldspielautomaten. S. 93. — B. Polizei der öffentlichen Ordnung. 85) Erkenntnis des Königlichen Oberverwaltungsgerichts vom 7. April 1913, betr. die Genehmigung von Aufzügen auf öffentlichen Straßen usw. in Großstädten, insbesondere der sozialdemokratischen Maumzüge. S. 94.

**V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten.** 86) Allerhöchste Order vom 7. April 1913. S. 97. — 87) Verfügung vom 29. April 1913, betr. Wahrung berechtigter Interessen der Nachbargrundstücke bei Erteilung von Dispensen von baupolizeilichen Vorschriften. S. 98.

**VI. Militär- und Marine-Angelegenheiten.** 88) Bekanntmachung vom 30. April 1913. S. 98.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

71) Ausführungs-Anweisung vom 8. Mai 1913 zum Gesetz vom 23. Dezember 1912, betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren (Gesetzsamml. 1913, S. 3).

Zur Ausführung des Gesetzes vom 23. Dezember 1912, betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren (Gesetzsamml. 1913, S. 3) bestimme ich folgendes:

1. Die §§ 1—3 des Gesetzes stellen an die Liquidität der öffentlichen Sparkassen bestimmte Mindestanforderungen, denen alle Sparkassen, abgesehen von den Ausnahmefällen des § 4, zu genügen haben, auch wenn ihre Satzungsvorschriften bisher hinter den gesetzlichen Anforderungen zurückbleiben oder eine bezügliche Vorschrift überhaupt nicht enthalten. Da die gesetzlichen Vorschriften zwingende Kraft haben, so gehen sie den bestehenden Sparkassensatzungen vor, so daß deren Aenderung an sich nicht geboten ist. Nur sofern Sparkassen die Ziffern 1 oder 2 des § 1 des Gesetzes sich nutzbar machen wollen, ist es erforderlich, daß sie die räumliche Beschränkung des Real- und Personalkredits, wie sie dort vorgesehen ist, ausdrücklich in der Satzung festsetzen. Im übrigen wird es sich empfehlen, Satzungsvorschriften, die durch das Gesetz beseitigt sind, nur bei Gelegenheit einer anderweiten Satzungsänderung als veraltet

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 M. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

**N<sup>o</sup> 6.**

Berlin, 30. Juni 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

**Inhalt:** I. Organisationsfachen. A. Behörden und Beamte. 89) Deckblätter Nr. 65 bis 94 zu den Anstellungsgrundsätzen vom 20. Juni 1907, DVE. Nr. 42. S. 99. — 90) Verfügung vom 7. Mai 1913, betr. die „Auskunftsstelle für Offizierzivilversorgung“ im königlichen Kriegsministerium. S. 108. — 91) Verfügung vom 9. Mai 1913, betr. die Kürzung der Pension bei der Weiterbeschäftigung von Pensionären. S. 111.

II. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 92) Verfügung vom 20. Mai 1913, betr. Geheimhaltung von Spareinlagen bei den Sparkassen. S. 111.

III. Polizeiverwaltung. A. Sicherheitspolizei. 93) Verfügung vom 16. April 1913, betr. die Stellung flüchtiger Personen durch Diensthunde. S. 112. — B. Gefängnisse, Straf- und Besserungsanstalten. 94) Verfügung vom 29. Mai 1913, betr. die Gefangenen-Sammeltransporte auf Eisenbahnen. S. 112. — C. Paß- und Fremdenpolizei. 95) Verfügung vom 13. Mai 1913, betr. die Legalisation ausländischer Urkunden durch einen Konsul oder Gesandten des Reichs zur Annahme der Echtheit der betreffenden Urkunden. S. 113. — D. Vereins- und Versammlungsrecht. 97) Erkenntnis des königlichen Oberverwaltungsgerichts vom 27. März 1913, betr. die Frage, ob es der Polizeibehörde gestattet ist, zum Zwecke der Ueberwachung von nicht öffentlichen Vereinsversammlungen unter Umständen in die geschlossenen Räume des Vereins einzudringen. S. 114.

IV. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 98) Verfügung vom 15. Mai 1913, betr. die Grenzen der Zuständigkeit der Orts- und Landespolizeibehörden für die polizeiliche Genehmigung und Ueberwachung der dem Bade- und Schifffahrtsverkehr dienenden Anlagen am und im Meere. S. 118.

V. Militär- und Marine-Angelegenheiten. 99) Verzeichnis derjenigen Aerzte im Auslande, die gemäß § 42, Nr. 2 der Wehrordnung zur Ausstellung glaubhafter, ärztlicher Zeugnisse allgemein ermächtigt sind. S. 121.

## I. Organisationsfachen.

### A. Behörden und Beamte.

89) Deckblätter Nr. 65 bis 94 zu den Anstellungsgrundsätzen vom 20. Juni 1907, DVE. Nr. 42 (Min. Bl. f. d. i. B. 1907, S. 115 u. 293, 1908, S. 193, 1909, S. 61, 1911, S. 307 und 1913, S. 4).

Berichtigung ist gemäß Vorbemerkung 16 des DVE. auszuführen.

<sup>65)</sup> zu S. 15. — <sup>66)</sup> zu S. 17. — <sup>67)</sup> zu S. 17. — <sup>68)</sup> zu S. 19. — <sup>69)</sup> zu S. 22. — <sup>70)</sup> zu S. 48. — <sup>71)</sup> zu S. 59. — <sup>72)</sup> zu S. 59. — <sup>73)</sup> zu S. 73. — <sup>74)</sup> zu S. 73. — <sup>75)</sup> zu S. 75. — <sup>76)</sup> zu S. 75. — <sup>77)</sup> zu S. 76. — <sup>78)</sup> zu S. 76. — <sup>79)</sup> zu S. 77. — <sup>80)</sup> zu S. 79. — <sup>81)</sup> zu S. 79. — <sup>82)</sup> zu S. 80. — <sup>83)</sup> zu S. 86. — <sup>84)</sup> zu S. 86. — <sup>85)</sup> zu S. 87. — <sup>86)</sup> zu S. 87. — <sup>87)</sup> zu S. 89. — <sup>88)</sup> zu S. 91. — <sup>89)</sup> zu S. 93. — <sup>90)</sup> zu S. 93a. — <sup>91)</sup> zu S. 93c. — <sup>92)</sup> zu S. 100. — <sup>93)</sup> zu S. 101. — <sup>94)</sup> zu S. 104. — <sup>95)</sup> zu S. 125, 126.

Deckbl. 65.

Seite 15. Die Ausführungs- und Zusatzbestimmung zu § 12 ist wie folgt zu ergänzen:

Unter „Militärbehörde“ ist hier das Bataillon oder die Abteilung, bei der Kavallerie das Regiment, im übrigen die Behörde oder die Anstalt zu verstehen, der der Militäranwärter angehört.

# Ministerial-Blatt

## für die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben

im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

**No. 7.**

Berlin, 31. Juli 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

- Inhalt: I. Allgemeine Verwaltungsfachen.** 100) Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 25. April 1913, betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Anstalten, die vom Kreise im öffentlichen Interesse unterhalten werden. S. 125. — 101) Beschluß des Königlichen Kammergerichts vom 2. Mai 1913 in Fürsorgeerziehung Angelegenheiten. S. 128. — 102) Verfügung vom 11. Juni 1913, betr. die Kosten der Lieferung der Wahlordnungen an die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen und an die wahlberechtigten Versicherungsvertreter. S. 130. — 103) Verfügung vom 14. Juni 1913, betr. die Verrechnung der Landesversicherungsanstalt nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallenden Kosten. S. 130. — 104) Verfügung vom 18. Juni 1913, betr. elektrische Privatanlagen für drahtlose Telegraphie. S. 131. — 105) Anweisung vom 21. Juni 1913 zur Ausführung des Besitzfestigungsgesetzes vom 26. Juni 1912. S. 132. — 106) Uebersicht über die Tätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1912. S. 133.
- II. Organisationsfachen.** A. Behörden und Beamte. 107) Verfügung vom 12. Juli 1913, betr. den Besuch von Polizeischulen. S. 134. — 108) Verfügung vom 12. Juli 1913, betr. den Besuch von Polizeischulen. S. 134. — B. Geschäftsgang und Ressortverhältnisse. 109) Verfügung vom 25. Juni 1913, betr. die Aufwendung von Mitteln für Büchereizwecke bei den königlichen Polizeiverwaltungen. S. 134.
- III. Polizeiverwaltung.** Bau- und Feuerpolizei. 110) Verfügung vom 1. Juli 1913, betr. die Ausstellung von Zeugnissen über die Wohnbarkeit von Räumen auf Ersuchen von Privatpersonen. S. 135.
- IV. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben.** 111) Präjudiz aus der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 27. Mai 1913. S. 136.
- V. Verhältnisse zu fremden Staaten.** 112) Verfügung vom 28. Juni 1913, betr. den Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Brasilien. S. 136.
- Druckfehlerberichtigung. S. 136.

## I. Allgemeine Verwaltungsfachen.

100) Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 25. April 1913, betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Anstalten, die vom Kreise im öffentlichen Interesse unterhalten werden.

Im Namen des Königs.

In der Verwaltungstreitsache

des Hofbesizers Johannes von D. in W., Klägers und Revisionsklägers,

wider

den Kreis Ausschuß des Kreises St. in S., Beklagten und Revisionsbeklagten,

hat das Königlich Preussische Oberverwaltungsgericht, Zweiter Senat, auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 25. April 1913 für Recht erkannt:

Auf die Revision des Klägers wird die Entscheidung des Bezirksausschusses in S. vom 26. März 1912 bestätigt. Die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Kläger auferlegt. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 25 M festgesetzt.

Von Rechts wegen.

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Ml. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

**No. 8.**

Berlin, 30. August 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

- Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 113) Verfügung vom 30. Juni 1913, betr. Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts. S. 138. — 114) Verfügung vom 25. Juli 1913, Bestimmungen über die Wohlthaten des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses. S. 143.
- II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 115) Verfügung vom 17. Juli 1913, betr. Weitervermietung von Wohnungen versehter Beamten. S. 144.
- III. Verwaltung der Kommunal-Korporationen und Institute. 116) Erkenntnis des Königl. Ober-Verwaltungsgerichts vom 20. Mai 1913: — das Schulgeld für den Besuch der von einer Gemeinde unterhaltenen Fortbildungsschule ist eine Gebühr im Sinne der §§ 4, 69, Komm.-Abg.-Gef. S. 145. — 117) Verfügung vom 12. Juli 1913, betreffend die Ausführung der die Grundstücksumlegung in Wiesbaden und Griesheim a. Main regelnden Gesetze vom 3. Juni 1912. S. 150.
- IV. Polizeiverwaltung. A. Gewerbepolizei. 118) Verfügung vom 5. Juli 1913, betr. die Zentralstelle der Rechtsauskunftstellen zur Bekämpfung der Schwindelfirmen. S. 151. — 119) Verfügung vom 22. Juli 1913, betr. die Aufstellung von Geldspiel-Automaten. S. 151. — 120) Verfügung vom 28. Juli 1913, betr. Versagung von Wandergewerbebescheinigen an chinesische Händler. S. 153. — 121) Verfügung vom 31. Juli 1913, betr. den sogenannten Schalterauschank in Gast- und Schankwirtschaften. S. 153.
- V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 122) Verfügung vom 4. Juli 1913 und Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten. S. 153. — 123) Verfügung vom 8. Juli 1913, betr. die Zustimmung zur Anbringung künstlerischen Schmucks an Decken und Wänden in fiskalischen Gebäuden. S. 155. — 124) Verfügung vom 22. Juli 1913 und II. Ausführungsanweisung zum Wassergesetze. S. 156. — 125) Verfügung vom 5. August 1913, betr. die staatlichen Maßnahmen gegenüber dem Flugwesen. S. 160.
- VI. Verwaltung der Staatssteuern und Abgaben. 126) Verfügung vom 30. Juni 1913, betr. die Stempelpflichtigkeit von Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde. S. 161. — 127) Verfügung vom 14. Juli 1913, betr. die Autonomie der Gemeinden und Kreise zur Besteuerung des Wertzuwachs. S. 161. — 128) Verfügung vom 14. Juli 1913, betr. die Behandlung von Befreiungsanträgen nach § 30 Ziffer 4 des Zuwachssteuergesetzes. S. 162. — 129) Verfügung vom 22. Juli 1913, betr. die Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz. S. 162.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

### 113) Verfügung vom 30. Juni 1913, betr. Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts.

Unter Bezugnahme auf die Berichte, die gemäß dem Erlasse vom 23. Mai 1912 erstattet worden sind, bestimme ich, daß künftig die Ausstellung der im § 118 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts nach anliegendem Muster (Anl. a) zu erfolgen hat. Etwaige Bestände an vorhandenen Formularen für Armutssatteste können aufgebraucht werden, sofern diese tunlichst in Uebereinstimmung mit dem jetzt vorgeschriebenen Formular gebracht werden.

Zur Frage VI wird bemerkt, daß die Kosten eines Prozesses sich nicht mit Sicherheit vorher berechnen lassen, da sie zum Teil davon abhängen, ob die Parteien sich vor den Amtsgerichten durch Rechtsanwälte oder andere Bevollmächtigte vertreten lassen, ob eine Beweisaufnahme beschlossen wird und stattfindet, und ob der Rechtsstreit durch Versäumnisurteil, anderes Urteil oder Vergleich beendet wird. Immerhin wird die beigefügte Aufstellung (Anl. b) den in Betracht kommenden Behörden für die Ausstellung des Zeugnisses einigen Anhalt geben. Zur Erläuterung der Aufstellung wird noch hinzugefügt, daß in Spalte 2 und 3 zu den eigentlichen Gebühren auch die nach § 80b des DGRG. und nach § 76 der Geb. Ordn. für RA. zu erhebenden Pauschsätze hinzugerechnet sind, und daß in Spalte 3 die Gebühren für zwei Rechtsanwälte eingestellt sind, weil die unterliegende Partei auch die Kosten des gegnerischen Anwalts zu ersetzen hat, ohne allerdings durch die Bewilligung des Armenrechts von dieser Verpflichtung befreit zu werden.

Der von mehreren der Herren Regierungspräsidenten vorgebrachten Anregung, die Armutzeugnisse nicht den Prozeßakten einzuverleiben, kann eine weitere Folge nicht gegeben werden. Die Zeugnisse betreffen, wenn sie dem Prozeßgerichte mit dem Gesuch um Bewilligung des Armenrechts eingereicht werden, eine für den Prozeß erhebliche Tatsache, haben auch für den Gegner Interesse, weil der Inhalt ihm Veranlassung geben kann, die Entziehung des Armenrechts auf Grund des § 121 ZPO. anzuregen, und gehören deshalb in die Prozeßakten, deren Führung in § 299 ZPO. vorausgesetzt wird. Es ist richtig, daß sie als Teil der Prozeßakten nach § 299 Abs. 1 ZPO. der Einsicht des Gegners offen stehen und daß der Gegner nicht zur Verschweigung der durch die Einsicht gewonnenen Kenntnisse verpflichtet ist. Es mag auch sein, daß hierdurch der Partei, die das Armenrecht nachgesucht hat, Nachteile entstehen können. Einerseits hat aber eine solche Partei regelmäßig kein berechtigtes Interesse daran, daß ihre von ihr selbst geltend gemachte Armut geheim bleibt. Andererseits ist nun einmal in § 118 Abs. 2 ZPO. reichsgesetzlich vorgeschrieben, daß in den fraglichen Zeugnissen die Vermögensverhältnisse der Partei und der Betrag der von ihr zu entrichtenden direkten Staatssteuern angegeben werden. Die Vorschriften des Beamtenrechts und der Steuergesetze über die Geheimhaltung der Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen werden deshalb durch die Einverleibung der Zeugnisse in die Prozeßakten nicht verletzt.

Guerer (Tit.) überlasse ich hiernach ergebenst die weitere Verfügung.

Berlin, den 30. Juni 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

v. Herrmann.

An den Herrn Oberpräsidenten in Potsdam und an die Herren Regierungspräsidenten.

Anl. a.

## Zeugnis zur Erlangung des Armenrechts.

### I. Des Antragstellers:

Vor- und Zuname .....

Stand oder Gewerbe .....

Wohnort .....

Alter .....

Staatsangehörigkeit .....

.....

.....

.....

.....

.....

### II. Familienverhältnisse des Antragstellers:

a) ob ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden

b) Kinder:

1. im Haushalte des Antragstellers lebende:

Name, Alter event. Stand  
und Höhe des Verdienstes

1) .....

2) .....

3) .....

4) .....

2. außerhalb des Haushaltes des Antragstellers lebende:

Name, Alter event. Stand  
und Höhe des Verdienstes

1) .....

2) .....

3) .....

4) .....

5) .....

6) .....

c) sonstige zu unterhaltende Angehörige (nähere Bezeichnung), insbesondere ob im Haushalt des Antragstellers aufgenommen oder nicht.

.....

.....

.....

**III. Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse des Antragstellers:**

a) Vermögen

- |   |                   |
|---|-------------------|
| 1. Wert der Grundstücke .....   | ..... M           |
| 2. Wert des sonstigen Vermögens einschl. der ausstehenden Forderungen ..... | ..... M = ..... M |

Schulden  
und zwar:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 1. Hypotheken-, Grund- und Renten-<br>schulden ..... | ..... M           |
| 2. sonstige Schulden .....                           | ..... M = ..... M |

Mithin Vermögen

..... M

b) Einkommen  
und zwar:

- |   |                   |
|---|-------------------|
| 1. Bareinkommen .....   | ..... M           |
| 2. Wert der freien Wohnung und Be-<br>föstigung .....   | ..... M           |
| 3. Wert des Ausgedinges .....   | ..... M = ..... M |
| Ab: Schuldenzinsen, Beiträge zur In-<br>validitäts-, Angestellten- pp. Versiche-<br>rung, Lebensversicherungsprämie, Alten-<br>teil und sonstige Lasten ..... | ..... M           |

Mithin Einkommen

..... M

**IV. Steuerliche Verhältnisse des Antragstellers:**

- |                                |         |
|--------------------------------|---------|
| Staats-Einkommensteuer .....   | ..... M |
| Ergänzungssteuer .....         | ..... M |
| Grund- und Gebäudesteuer ..... | ..... M |
| Gewerbesteuer .....            | ..... M |
|                                | ..... M |
|                                | ..... M |



## Gerichtsgebühren und Anwaltsgebühren

für Durchführung eines Prozesses vor den ordentlichen Gerichten in erster Instanz in den Wertklassen bis einschließlich 1200 *M.*

Wertklassen bis einschließlich	Gerichts- gebühren bis zur ungefähren Höhe von	Anwalts- gebühren für 2 Rechtsanwälte bis zur ungefähren Höhe von	Summe der Spalten 2 und 3	Bemerkungen
<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
1	2	3	4	5
20	3,50	24,—	27,50	
60	8,10	30,—	38,10	
120	15,30	36,—	51,30	
200	24,90	54,—	78,90	
300	36,30	72,—	108,30	
450	49,50	100,80	150,30	
650	66,—	136,80	202,80	
900	85,80	172,80	258,60	
1200	105,60	201,60	307,20	

1. In den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen Sachen, d. i. regelmäßig bei Werten bis einschließlich 600 *M.*, pflegt der armen Partei nur ausnahmsweise ein Rechtsanwalt beigeordnet zu werden.
2. In der Berufungsinstanz erhöhen sich die Gebühren in Spalte 2 um ein Viertel und in Spalte 3 um drei Zehntel.
3. Außer den Gebühren in Spalte 4 sind noch einige bare Auslagen, insbesondere die durch eine Beweisaufnahme entstehenden Zeugen- und Sachverständigengebühren zu entrichten.

## 114) Verfügung vom 25. Juli 1913. Bestimmungen über die Wohltaten des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses.

Nach Mitteilung des Herrn Kriegsministers haben Seine Majestät der Kaiser und König die Erweiterung der Bestimmungen betreffend Inanspruchnahme des Waisengeldes usw. für die Haupt-Militär-Waisenhauskasse unterm 3. Juni 1913 zu genehmigen geruht.

Die für die Verleihung der Wohltaten des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses bisher maßgebend gewesenen Bestimmungen sind entsprechend abgeändert worden. Ein Exemplar der neuen Bestimmungen (Anl. a) wird mit dem Ersuchen beigelegt, sie durch die Regierungsamtsblätter und, soweit dies ohne Kosten für die Staatskasse geschehen kann, durch die Kreis- und sonstigen Blätter, die zu den amtlichen Bekanntmachungen dienen, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 25. Juli 1913.

Der Minister des Innern.  
Im Auftrage: Schneider.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten.

Anl. a.

### Bestimmungen

über die Wohltaten des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses.

Die Stiftung gewährt bedürftigen ehelichen Kindern verstorbener Soldaten vom Feldwebel abwärts

**A. Pflegegeld** von jährlich 90 *M.* für Vollwaisen von 108 *M.*

**B. Aufnahme** in die Erziehungsanstalten: **Potsdam** (evangelische Knaben im Alter von 8—12 Jahren), **Preßsch** (evangelische Mädchen im Alter von 6—12 Jahren und evangelische Knaben im Alter von 6 und 7 Jahren), **Haus Nazareth** zu **Hörter** (katholische Knaben und Mädchen).

A. 1. **Pflegegeld** dürfen nur solche Kinder erhalten, deren Vater im Preussischen Heere zur Zeit der Geburt des Kindes aktiv diente oder während des Militärdienstes oder an den Folgen einer Kriegsbeschädigung gestorben ist, und die ihrem Alter oder ihrem Gesundheitszustande nach keine Aufnahme in die Erziehungsanstalten finden können.

2. Gewährung von Pflegegeld wird durch Waisengeld, Waisenrente, Erziehungsbeihilfen oder Erziehungs-geld ausgeschlossen.

Nur neben dem auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. Juni 1895, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine vom Feldwebel abwärts, und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 zuständigen Waisengelde kann ein Teil des Pflegegeldes bis zur Erreichung der Beträge von 90 bzw. 108 *M.* bewilligt werden.

3. Pflegegeld wird von dem Monate ab gezahlt, in welchem nach Beibringung der nötigen Ausweise die Bewilligung erfolgt, und zwar längstens bis zum vollendeten 15. Lebensjahre.

B. 1. **Aufnahme** in die Erziehungsanstalten wird vorzugsweise den unter A 1 erwähnten, außerdem aber auch solchen Waisen bewilligt, deren Vater einen Feldzug mitgemacht oder nach Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht längere Zeit weiter gedient hat oder als invalide anerkannt ist. \*)

2. Bedingung der Aufnahme ist, daß vom 1. des der Aufnahme folgenden Monats ab bis zum Ablaufe des Entlassungsmonats an die Haupt-Militär-Waisenhauskasse abgeführt werden:

- a) das gesetzliche Waisengeld bzw. die gesetzliche Waisenrente aus Reichs-, Staats-, Kommunal- usw. Fonds oder aus Mitteln jeder unter öffentlicher Autorität errichteten Versorgungsanstalt,
- b) das gesetzliche Kriegswaisengeld,

\*) Ausnahmsweise auch den Kindern noch lebender ehemaliger Soldaten, welche dauernd völlig erwerbsunfähig und ohne genügendes Einkommen sind.

- c) die gesetzlichen Erziehungsbeihilfen und  
 d) das aus dem Kaiserlichen Dispositionsfonds bewilligte Erziehungsgeld.

Erhalten Waisenkinder neben dem Waisengelde noch eine Unterstützung, insbesondere eine Ausgleichszuwendung, dann darf die Aufnahme davon abhängig gemacht werden, daß für die Dauer ihres Aufenthalts in den genannten Anstalten auch der Betrag des um die Unterstützung oder Ausgleichszuwendung erhöhten Waisengeldes an die bezeichnete Kasse abgeführt wird.

3. Die Aufnahme in die Anstalten findet nur vom Beginn des 7. bis zum vollendeten 12. Lebensjahre und zwar Ostern und Michaelis statt.

Die Bewerbung um die Wohltaten ist von den Erziehungsberechtigten (Mutter, Vormund) nicht an das Waisenhaus in Potsdam, sondern an das **Direktorium des Potsdamschen Großen Militär-Waisenhauses in Berlin W 66 (Wilhelmstraße 82/85)** zu richten.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1. Die Militärzeugnisse (Militärpaß) des Vaters,
2. die Sterbeurkunde des Vaters und bei Vollwaisen auch der Mutter, sowie die standesamtliche Geburtsbescheinigung und der Tauffchein des Kindes, ferner die gerichtliche Bestallung des etwa bestellten Vormundes,
3. eine amtliche Bescheinigung der Bedürftigkeit,
4. ein amtlicher Ausweis über den Betrag der unter B 2 erwähnten Hinterbliebenenbezüge oder darüber, daß das Kind weder Anspruch noch Aussicht auf deren Gewährung hat,
5. wenn für Kinder im Alter von 6—12 Jahren Pflegegeld beantragt wird, ein obermilitärärztliches Zeugnis, daß sie sich nicht zur Aufnahme in ein Militär-Waisenhaus eignen.

## II. Organisationsachen.

### A. Behörden und Beamte.

115) Verfügung vom 17. Juli 1913, betr. Weitervermietung von Wohnungen veretzter Beamten.

Im Anschluß an meinen Runderlaß vom 30. September 1912 (Min. Bl. f. d. i. B. 1912, S. 277) bestimme ich, daß von den Aufwendungen, die veretzten Beamten im Falle der Weitervermietung ihrer Wohnungen neben den gesetzlichen Entschädigungen zu erstatten sind, ein dem Wohnungsnachfolger gewährter Mietnachlaß sowie eine an den bisherigen Vermieter gezahlte Abstandssumme bei den Umzugskostenfonds (Kap. 90 Tit. 9, Kap. 95 Tit. 4a, Kap. 96 Tit. 12, Kap. 97 a Tit. 30) zu verrechnen, alle übrigen erstattungsfähigen Aufwendungen wie die Kosten von Bekanntmachungen in der Zeitung und Instandsetzungskosten aber zu Lasten der betreffenden Fonds zu unvorgesehenen und vermischten Ausgaben (Kap. 98 Tit. 4, Kap. 91 Tit. 15, Kap. 92 Tit. 11, Kap. 96 Tit. 7) zu verausgaben sind. Auch die den Beamten der Medizinalverwaltung zu erstattenden Ausgaben sind bei dem Fonds Kap. 98 Tit. 4 zu verrechnen. Von einer Umbuchung der bisher erstatteten Beträge ist abzusehen.

Hinsichtlich der Verrechnung der bei der Veretzung von Gendarmen und von Polizeidistriktskommissaren — in der Provinz Bosen — entstehenden Ausgaben der bezeichneten Art tritt eine Aenderung nicht ein, da Kap. 94 Tit. 9 bezw. Kap. 93 Tit. 3 sowohl für den Nachweis der Umzugskosten wie vermischter Ausgaben bestimmt ist.

Berlin, den 17. Juli 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Herrmann.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten hier.

# Ministerial-Blatt

für  
die Preussische innere Verwaltung.  
Herausgegeben  
im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 9.

Berlin, 30. September 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

**Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 130) Verfügung vom 6. August 1913, betr. die staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungsanstalten. S. 163. — 131) Verfügung vom 9. August 1913, betr. Bestellung von Urkundspersonen für die Bestfestigung. S. 166.

II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 132) Präjudiz aus der Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung vom 27. Mai 1913. S. 167.

III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 133) Auszug aus dem Erkenntnis des Königl. Kammergerichts vom 26. Mai 1913. S. 167. — 134) Präjudiz aus der Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung vom 13. Juni 1913. S. 169. — 135) Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 24. Juni 1913, betr. die Freistellung von einer Gebühr für den Anschluß einer Privatstraße an eine städtische Kanalisation. S. 169.

IV. Polizeiverwaltung. A. Sicherheitspolizei. 136) Verfügung vom 7. August 1913, betr. Diensthunde in der Landgendarmarie. S. 171. — B. Bau- und Feuerpolizei. 137) Verfügung vom 20. August 1913, betr. die Heranziehung Eisenbahnbediensteter zum Feuerlöschdienst. S. 171. — C. Medizinalpolizei. 138) Verfügung vom 22. Mai 1913, betr. die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der von einer Landesversicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft errichteten oder unterhaltenen Genesungsheime, Heil- und Pflegeanstalten. S. 172. — D. Paß- und Fremdenpolizei. 139) Verfügung vom 15. August 1913, betr. die Auslegung der Meldungen über neuanziehende Personen seitens der städtischen Verwaltung. S. 173. — E. Presse und Buchhandel. 140) Hinweis. S. 173. — F. Polizei der öffentlichen Ordnung. 141) Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 30. Mai 1913, betr. die Anbringung von Reklameschildern pp., welche das Landschaftsbild verunzieren. S. 173.

V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 142) Verfügung vom 18. August 1913, betr. die Zuständigkeit der für die Eisenbahndirektionsbezirke errichteten besonderen Oberversicherungsämter auch für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der staatlichen Wasserbauarbeiter. S. 181. — 143) Verfügung vom 30. August 1913, betr. Zentralheizungsanlagen in staatlichen Gebäuden. S. 181. — 144) Bekanntmachung vom 17. September 1913. S. 181.

VI. Verhältnisse zu fremden Staaten. 145) Verfügung vom 20. August 1913, betr. das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien über Arbeiterversicherung. S. 182.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

130) Verfügung vom 6. August 1913, betr. die staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungsanstalten.

Euerer (Tit.) übersende ich ergebenst Abschrift des in Sachen des Provinzialverbandes von Brandenburg wider den Fiskus ergangenen Erkenntnisses des Reichsgerichts vom 30. April 1913, betreffend die staatliche Zuschußpflicht zu den Baukosten der Fürsorgeerziehungsanstalten (Anl. a) zur gefälligen Beachtung und Benachrichtigung des dortigen Kommunalverbandes (der Kommunalverbände der dortigen Provinz).

Die in den reichsgerichtlichen Urteilen vom 19. Oktober 1905 und vom 4. Juni 1909 (Min.-Bl. f. d. i. B. 1909, S. 178) (und Fürsorgestatistik 1904 BS. 63 und 1908 BS. 64) aufgestellten Grundsätze erfahren durch das Urteil vom 30. April 1913 eine wesentliche Ergänzung.

Berlin, den 6. August 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Herrmann.

An die Herren Oberpräsidenten — mit Ausnahme von Potsdam und Breslau — und an den Herrn Regierungspräsidenten in Sigmaringen.

## IV. Polizeiverwaltung.

### A. Sicherheitspolizei.

136) Verfügung vom 7. August 1913, betr. Diensthunde in der Landgendarmarie.

1. Die bisherigen Erfahrungen mit abgerichteten Hunden lassen es erwünscht erscheinen, daß die in Dressur und Führung von Diensthunden noch nicht ausgebildeten Gendarmen bei der Uebernahme eines abgerichteten Hundes keinerlei Arbeiten mit ihm vornehmen, sondern sich lediglich darauf beschränken, dem Hunde eine tägliche freie Bewegung zu gewähren. Durch das Arbeiten eines abgerichteten Hundes bei einem nicht ausgebildeten Führer nimmt der Hund neben einer ganz erheblichen Verschärfung der Abneigung gegen den neuen Führer Untugenden an, die ihm sehr schwer oder gar nicht abzugewöhnen sind.

2. Die Neuanschaffung von Diensthunden für ausgebildete Führer macht in der Regel die nochmalige Kommandierung der letzteren zu einem abgekürzten Ausbildungskursus erforderlich, da den Gendarmen an ihrem Standort in den meisten Fällen die Gelegenheit zur sachgemäßen Abrichtung ihrer Hunde fehlen wird. Eine solche Kommandierung kann vermieden werden, wenn für die Kreise die Möglichkeit besteht, Diensthunde zu erwerben, die bereits nach der an den Gendarmerieschulen angewandten Methode abgerichtet sind. In Betracht würde hierfür die staatliche Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde in Grünheide bei Erkner kommen, die häufig über Hunde verfügt, die von ihren Kursteilnehmern acht Wochen hindurch geführt und abgerichtet, aber nicht angekauft worden sind. Die Anstalt ist in der Lage, diese Hunde zu mäßigen Preisen abzugeben. Sie hat das Interesse, sich ein festes Absatzgebiet zu verschaffen und würde bereit sein, Hunde für die Landgendarmarie zunächst auf vierwöchige Probe zu überlassen. Etwaige Anfragen oder Bestellungen sind seitens der Landräte an den Polizeipräsidenten in Berlin zu richten, der sie unverzüglich an die Anstalt weitergeben wird.

3. Von den Gendarmerieschulen ist auch in letzter Zeit Klage darüber geführt worden, daß Hunde mehrere Tage vor Beginn der Ausbildungskurse auf den Schulen eingetroffen oder längere Zeit vorher in den Händen der Gendarmen gewesen seien. Ich bringe deshalb die Runderlasse vom 29. September 1910 und 19. Juli 1912 in Erinnerung, wonach die Hunde den Gendarmen erst kurze Zeit vor der Kommandierung zu den Kursen zu überweisen und — soweit sie von den Führern nicht mitgebracht werden — so abzusenden sind, daß sie nicht vor dem Abend des Tages, an dem das Kommando beginnt, auf den Schulen eintreffen.

Berlin, den 7. August 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Herrmann

An die Herren Regierungspräsidenten.

### B. Bau- und Feuerpolizei.

137) Verfügung vom 20. August 1913, betr. die Heranziehung Eisenbahnbediensteter zum Feuerlöschdienst.

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes bei der Eisenbahnverwaltung erachte ich es in Uebereinstimmung mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für geboten, daß außer den in dem Runderlaß vom 9. März 1905 genannten Eisenbahnbediensteten auch die Güterbodenarbeiter etwa zur Hälfte vom Feuerlöschdienst befreit werden.

Hierbei kommen jedoch nur solche Arbeiter in Frage, die das ganze Jahr hindurch dauernd auf dem Güterboden beschäftigt werden.

Die Ortspolizeibehörden des Wohnortes der Arbeiter haben die Befugnis, aus einer ihnen vorgelegenden Liste diejenigen Arbeiter auszuwählen, die sie für den Feuerlöschdienst für besonders geeignet halten. Ferner sollen die Ortspolizeibehörden in den Fällen, wo die Mitglieder der freiwilligen Feuer-

wehren größtenteils aus Güterbodenarbeitern bestehen, die Befreiungen vom Feuerlöschdienste auf weniger als die Hälfte der Verpflichteten beschränken dürfen.

Euer (Tit.) erlaube ich ergebenst, das Weitere hiernach gefälligst zu veranlassen.  
Berlin, den 20. August 1913.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Holz.

An die Herren Oberpräsidenten.

### C. Medizinalpolizei.

138) Verfügung vom 22. Mai 1913, betr. die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der von einer Landesversicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft errichteten oder unterhaltenen Genesungsheime, Heil- und Pflegeanstalten.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die von einer Landesversicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft errichteten oder unterhaltenen Genesungsheime, Heil- und Pflegeanstalten, die nach § 34 der Reichsversicherungsordnung der Aufsicht des Reichsversicherungsamts unterstellt sind, daneben auch einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung durch Organe der einzelnen Bundesstaaten (Kreisärzte, Ortspolizeibehörden usw.) unterliegen.

Ich nehme daher Veranlassung, im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern) darauf hinzuweisen, daß durch das Aufsichtsrecht des Reichsversicherungsamts die auf Landesrecht gegründeten Befugnisse der einzelstaatlichen Behörden, insbesondere der Polizeibehörden, nicht berührt werden. Dies gilt für das gesamte Gebiet der Polizeiverwaltung.

Auf dem Sondergebiete der Gesundheitspolizei sind gemäß den allgemeinen Vorschriften des Polizeirechts (§ 10 II 17 A.L.R.), des Kreisarztgesetzes vom 16. September 1899 (Gesetzamml. S. 172) und des § 100 der Dienstsanweisung für die Kreisärzte die Revisionen der Heilanstalten der Versicherungsträger durch den Kreisarzt vorzunehmen. Weiterhin sind aber auch die Polizeibehörden der Einzelstaaten befugt, die nach Reichs- oder Landesrecht zulässigen Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln zu ergreifen, die sich bei den kreisärztlichen Revisionen ergeben haben.

Mit Rücksicht auf die verwandten Ziele, die bei der Ausübung der Aufsicht das Reichsversicherungsamt einerseits und die Landesbehörden andererseits verfolgen, ordne ich hierdurch an, daß die Kreisärzte, abgesehen von eiligen Fällen, die keinen Aufschub zulassen, bei Revisionen der Heilanstalten von Landesversicherungsanstalten und von Berufsgenossenschaften den Vorstand der betreffenden Anstalt so zeitig von der beabsichtigten Revision benachrichtigen, daß dieser das Reichsversicherungsamt hiervon noch rechtzeitig in Kenntnis setzen kann. Ich erlaube ich ergebenst, die beteiligten Kreisärzte entsprechend anzuweisen. Wenn sich bei einer Besichtigung gesundheitliche Mängel herausstellen, die ein polizeiliches Einschreiten rechtfertigen, und wenn die betreffende Anstalt zu deren Beseitigung nicht freiwillig bereit ist, so ist die Angelegenheit, bevor eine polizeiliche Verfügung gegen die Anstalt erlassen wird, Euerer (Tit.) vorzutragen. In diesem Fall wollen Sie zunächst nochmals mit dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder der Berufsgenossenschaft über die Abstellung der Mängel verhandeln und erst, wenn diese Verhandlung erfolglos bleibt, die Ortspolizeibehörde zum Erlaß einer polizeilichen Verfügung ermächtigen. Die Ortspolizeibehörden sind entsprechend zu verständigen.

Berlin, den 22. Mai 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Kirchner.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten hier, sowie abschriftlich an die Herren Oberpräsidenten.

## D. Paß- und Fremdenpolizei.

### 139) Verfügung vom 15. August 1913, betr. die Auslegung der Meldungen über neuanziehende Personen seitens der städtischen Verwaltung.

Das von Guerer (Tit.) in dem Bericht vom 1. März d. Js. mitgeteilte Verfahren, wonach die dem dortigen Magistrat von der Königlichen Polizeiverwaltung mitgeteilten Meldungen über neuanziehende Personen seitens der städtischen Verwaltung 24 Stunden lang zu jedermanns Einsicht offen gelegt werden, vermag ich nicht zu billigen. Guere (Tit.) ersuche ich, den Magistrat zu veranlassen, diese mißbräuchliche Verwendung der Meldelisten abzustellen.

Berlin, den 15. August 1913.

Der Minister des Innern.

In Vertretung:

Holz.

An den Herrn Regierungspräsidenten in N.

Abschrift übersende ich zur Mitteilung an die Landräte sowie die Gemeinde- und Polizeiverwaltungen der Stadtkreise. Bezüglich der Auskunfterteilung durch die Polizeiverwaltungen verweise ich auf die Kundenerlasse vom 26. September 1902 und vom 21. Januar 1905.

Berlin, den 15. August 1913.

Der Minister des Innern.

In Vertretung:

Holz.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin.

## E. Presse und Buchhandel.

### 140) Hinweis.

In Carl Heymanns Verlag in Berlin ist erschienen:

„Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

vom 22. Juli 1913. Unter Darstellung des früheren Reichs- und Landrechts, sowie des hauptsächlichsten ausländischen Rechts erläutert von Th. Meyer, Rechnungsrat im Königlich Preussischen Ministerium des Innern.“ Das Buch, das gebunden 3 M kostet, kann allen Beteiligten empfohlen werden.

## F. Polizei der öffentlichen Ordnung.

### 141) Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 30. Mai 1913, betr. die Anbringung von Reklameschildern usw., welche das Landschaftsbild verunzieren.

Im Namen des Königs.

In der Verwaltungstreitsache des Kaufmanns Paul F. zu B. und 4 Genossen, Kläger,  
wider

den Königlichen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Beklagten,  
hat das Königlich Preussische Oberverwaltungsgericht, Neunter Senat, auf Grund der mündlichen Verhandlungen vom 30. Mai 1913 für Recht erkannt:

# Ministerial-Blatt

für

## die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben

im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 M. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

No. 10.

Berlin, 31. Oktober 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

**Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 146) Verfügung vom 11. September 1913, betr. die Ausführung der Reichsversicherungsordnung. S. 183. — 147) Verfügung vom 26. September 1913, betr. die Verrechnung der Landesversicherungsanstalt nach der Reichsversicherungsordnung zur Last fallenden Kosten. S. 184. — 148) Verfügung vom 28. September 1913, betr. den Uebnahmeverkehr zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und Großbritannien und Irland andererseits. S. 185. — 149) Verfügung vom 30. September 1913, betr. Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung. S. 185. — 150) Verfügung vom 2. Oktober 1913, betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger. S. 186.

II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 151) Verfügung vom 17. September 1913, betr. die Bestellung von Stellvertretern für die Vorsitzenden der Versicherungsämter. S. 188. — B. Staatshaushaltung, Kassen- und Rechnungssachen. 152) Verfügung vom 18. September 1913, betr. die Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten. S. 188.

III. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 153) Verfügung vom 8. Oktober 1913, betr. die Verrechnung der Kursverluste und der Zinsen des Reservefonds bei Sparkassen. S. 189.

IV. Polizeiverwaltung. A. Gewerbepolizei. 154) Verfügung vom 3. Oktober 1913, betr. die Wartezeit der Bezirkschornsteinfeger vor der Bewerbung um einen anderen Lehrbezirk. S. 190. — B. Presse und Buchhandel. 155) Hinweis. S. 190.

V. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 156) Notiz. S. 190.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

146) Verfügung vom 11. September 1913, betr. die Ausführung der Reichsversicherungsordnung.

Damit die mit der Ausführung der Reichsversicherungsordnung betrauten Behörden sich über die ergehenden Ausführungsbestimmungen und Entscheidungen der obersten Verwaltungsbehörden auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung laufend unterrichten können, ist es notwendig, daß sie das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung, die amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts und das Zentralblatt für das Deutsche Reich, welches auch für die unteren Verwaltungsbehörden wichtige Entscheidungen aus der Angestelltenversicherung enthält, dauernd beziehen.

Euere (Tit.) ersuche ich daher ergebenst, die Landräte in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Versicherungsämter zu veranlassen, auf die genannten Nachrichtenblätter zu abonnieren, und zwar mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich bereits im laufenden Jahre für die einheitliche Auslegung der umfangreichen Gesetzesmaterie bedeutende Abhandlungen veröffentlicht werden, mit der Wirkung vom 1. Januar 1913 ab. Die erforderlichen Mittel werden in den Etat für 1914 eingestellt und nach seiner gesetzmäßigen Feststellung überwiesen werden.

Berlin, den 11. September 1913.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Holz.

An die Herren Regierungspräsidenten.

# Ministerial-Blatt

für

## die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben

im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Mk. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 11.

Berlin, 29. November 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

**Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 157) Verfügung vom 31. Oktober 1913, betr. die Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung (in Ostpreußen). S. 191. — 158) Verfügung vom 10. November 1913, betr. die gnadenweise Bückung von gerichtlichen Strafen im Strafregister. S. 192.  
 II. Organisationsachen. A. Behörden und Beamte. 159) Verfügung vom 18. Oktober 1913, betr. die Gewährung von Zivilpension an wieder ausscheidende Schutzmannsprobisten. S. 193. — B. Staatshaushaltsstat, Kassen- und Rechnungssachen. 160) Verfügung vom 22. Oktober 1913, betr. die Uebertragung der am Jahreschlusse bei den Baufonds verbliebenen Bestände. S. 193.  
 III. Polizeiverwaltung. A. Gewerbepolizei. 161) Verfügung vom 6. November 1913, betr. die Behandlung der Gnadengesuche solcher Personen, welche wegen Zuwiderhandlungen gegen § 33 in Verbindung mit § 147 Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung gerichtlich bestraft worden sind. S. 194. — B. Medizinalpolizei. 162) Verfügung vom 22. Oktober 1913, betr. die Zuständigkeit der Ortspolizei, gesundheitspolizeiliche Anordnungen irgendwelcher Art gegenüber Krankenanstalten zu treffen. S. 197. — C. Paß- und Fremdenpolizei. 163) Verfügung vom 13. Oktober 1913, betr. die Anträge auf Legitimierung dänischer, schwedischer und norwegischer Arbeiter. S. 197. — 164) Verfügung vom 10. November 1913, betr. die Ueberwachung der mittellosen sogen. „Weltreisenden“. S. 197.  
 IV. Staatssteuern und Abgaben. 165) Verfügung vom 25. Oktober 1913, betr. die Mitteilungspflicht an Zuwachssteuerämter bei Beurkundungen bloßer Verkaufsanträge des Grundstückseigentümers. S. 198.  
 V. Militär- und Marine-Angelegenheiten. 166) Bekanntmachung vom 4. Oktober 1913, betr. Einstellung Einjährig-Freiwilliger am 1. April 1914. S. 199.

### I. Allgemeine Verwaltungssachen.

157) Verfügung vom 31. Oktober 1913, betr. die Bestellung von Urkundspersonen für die Besitzfestigung (in Ostpreußen).

Wir bestimmen hierdurch nach Artikel 12 § 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetzamml. S. 177) zu Urkundspersonen für die Beurkundung von Grundstücksangeboten und Grundstückskaufverträgen zur Durchführung der Besitzfestigung nach dem Gesetz über Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen (Besitzfestigungsgesetz) vom 26. Juni 1912 (Gesetzamml. S. 183)

1. die Landräte der nach der Königlichen Verordnung vom 12. März 1913 (Gesetzamml. S. 33) zum Anwendungsgebiete des Besitzfestigungsgesetzes gehörenden Landreise der Provinz Ostpreußen, die mit ihrer Vertretung beauftragten höheren Staatsbeamten und die ihnen zur Hilfeleistung überwiesenen Regierungsassessoren,
2. die bei der Ostpreussischen Landgesellschaft mit beschränkter Haftung zu Königsberg i. Pr. angestellten höheren Beamten,

und zwar die Landräte, ihre Vertreter und Hilfsarbeiter für Angebote und Vertragsschlüsse über Grundstücke in ihrem Kreise, die Beamten der Landgesellschaft für das ganze, in der Königlichen Verordnung bezeichnete ostpreussische Anwendungsgebiet des Besitzfestigungsgesetzes.

Berlin, den 31. Oktober 1913.

Der Justizminister. Im Auftrage: Greiff.	Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. In Vertretung: Dr. Küster.	Der Minister des Innern. In Vertretung: Holz.	Der Finanzminister. In Vertretung: Michaelis.
--	--	---	---

158) Verfügung vom 10. November 1913, betr. die gnadenweise Löschung von gerichtlichen Strafen im Strafregister.

Nach den bisherigen Grundsätzen konnte die Löschung einer gerichtlichen Strafe nur in den polizeilichen Listen durch einen Allerhöchsten Gnadenakt herbeigeführt werden. Durch die vom Bundesrate unter dem 17. April d. J. erlassenen Bestimmungen zur Aenderung der Vorschriften über die Strafregister (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 495/6) ist nunmehr auch die gnadenweise Löschung von Strafen im Strafregister zulässig. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Angelegenheit bestimme ich im Einvernehmen mit dem Herrn Justizminister folgendes.

Alle Anträge, welche die Löschung einer Strafe im Strafregister und in den polizeilichen Listen zum Gegenstande haben, werden im Geschäftsbereich des Herrn Justizministers bearbeitet. Da im allgemeinen die Voraussetzungen für die Löschung einer Strafe im Strafregister die gleichen sein werden, wie für die Löschung in den polizeilichen Listen, so ersuche ich Euerer (Tit.) darauf hinzuwirken, daß die Anträge auf Löschung von Strafvermerken in den polizeilichen Listen auch auf Löschung des Strafvermerks im Strafregister ausgedehnt werden. Die Bearbeitung der Anträge auf Löschung von Strafen im Strafregister und in den polizeilichen Listen erfolgt durch die mit der Führung der Strafregister betrauten Ersten Staatsanwälte, und zwar im Einvernehmen mit den Regierungspräsidenten bezw. mit dem Polizeipräsidenten in Berlin. Der Zuständigkeit meines Geschäftsbereichs unterliegen fortan nur diejenigen Anträge, bei welchen nur die Löschung einer Strafe in den polizeilichen Listen in Betracht kommt. Hierzu gehören namentlich alle Anträge, die die Löschung von Strafen bezwecken, welche nach § 2 der Bundesratsverordnung vom 16. Juni 1882, betreffend die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mitteilung der Strafurteile (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 309) nicht in die Strafregister aufzunehmen oder welche von außerpreussischen Gerichten verhängt sind. Erstreckt sich ausnahmsweise ein von mir erwirkter Allerhöchster Gnadenakt auch auf die Löschung einer Strafe im Strafregister, so ist dem zuständigen Staatsanwalt seitens Euerer (Tit.) unverzüglich Nachricht zu geben. Die Ersten Staatsanwälte sind von dem Herrn Justizminister mit Anweisung dahin versehen, von jeder gnadenweisen Löschung einer Strafe im Strafregister und in den polizeilichen Listen Euerer (Tit.) entsprechende Mitteilung zu machen.

Indem ich ergebenst ersuche, das Erforderliche hiernach zu veranlassen, bemerke ich noch, daß die Bestimmungen über die Angelegenheiten, betreffend die Anträge auf Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte, Wiederverleihung des Rechts, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, Wiederverleihung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, Wiederverleihung des Rechts zum Tragen aberkannter Kriegsdenkmünzen usw. hierdurch nicht berührt werden.

Berlin, den 10. November 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Herrmann.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

## VI. Militär- und Marine-Angelegenheiten.

166) Bekanntmachung vom 4. Oktober 1913, betr. Einstellung Einjährig-Freiwilliger  
am 1. April 1914.

Armee- corps	Standort	Truppenteil	Bemerkungen
Garde	Berlin.	Kaiser Alexander Garde-Gren.-R. Nr. 1.	Nur für Studierende der Berliner Hochschulen.
	Spandau.	5. Garde-R. z. F.	
	I. Königsberg i. Pr. Gumbinnen.	Gren.-R. Kronprinz (1. Ostpr.) Nr. 1. Füs.-Reg. Graf Roon (Ostpr.) Nr. 33.	Nur für Studierende der Universität Greifswald.
	II. Greifswald. Gnesen.	Inf.-R. Prinz Moriz von Anhalt-Deffau (5. Pomm.) Nr. 42, III. Batl. 6. Pomm. Inf.-R. Nr. 49.	
	III. Frankfurt a. O. Prenzlau.	Gren.-R. Prinz Carl von Preußen (2. Brandenb.) Nr. 12. Inf.-R. General-Feldmarschall Prinz Friedrich Carl von Preußen (8. Brandenb.) Nr. 64, I. u. II. Batl.	
	IV. Halle a. S.	Füs.-R. General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeb.) Nr. 36, I. und III. Batl.	
	V. Görlitz. Posen.	Inf.-R. von Courbière (2. Pos.) Nr. 19, I. und III. Batl. Inf.-R. Graf Kirchbach (1. Niederschles.) Nr. 46, I. und II. Batl.	
	VI. Breslau. Cosel.	4. Niederschles. Inf.-R. Nr. 51. 3. Oberschles. Inf.-R. Nr. 62, I. und II. Batl.	
	VII. Münster. Wesel.	Inf.-R. Herwarth von Bittenfeld (1. Westfäl.) Nr. 13. Inf.-R. Vogel von Falkenstein (7. Westfäl.) Nr. 56, I. und II. Batl.	
	VIII. Trier. Cöln. Bonn.	7. Rhein. Inf.-R. Nr. 69. 10. Rhein. Inf.-R. Nr. 161, I. und II. Batl. 10. Rhein. Inf.-R. Nr. 161, III. Batl. 9. Rhein. Inf.-R. Nr. 160, II. Batl.	

Armee- korps	Standort	Truppenteil	Bemerkungen
IX.	Schwerin.	Großherzogl. Mecklenb. Gren.-R. Nr. 89, I. und III. Batl.	
	Kostock.	Großherzogl. Mecklenb. Füf.-R. Nr. 90 Kaiser Wilhelm, I. und III. Batl.	Nur für Studierende der Universität Kostock.
	Kiel.	Inf.-R. Herzog von Holstein (Holstein.) Nr. 85, III. Batl.	Nur für Studierende der Universität Kiel.
X.	Hannover.	1. Hannov. Inf.-R. Nr. 74.	Nur für Studierende der Technischen Hochschule Hannover.
	Celle.	2. Hannov. Inf.-R. Nr. 77.	
XI.	Göttingen.	2. Kurhess. Inf.-R. Nr. 82.	Nur für Studierende der Medizin und Pharmazie der Universität Marburg.
	Cassel.	1. Ob.-Elsäss. Inf.-R. Nr. 167, I. und II. Batl.	
	Jena.	Inf.-R. Großherzog von Sachsen (S. Thüring.) Nr. 94, III. Batl.	
	Marburg.	Kurhess. Jäg.-Batl. Nr. 11.	
XIV.	Karlsruhe.	1. Bad. Leib-Gren.-R. Nr. 109, III. Batl.	
	Freiburg i. B.	5. Bad. Inf.-R. Nr. 113.	
XV.	Strasbourg i. G.	1. Unt.-Elsäss. Inf.-R. Nr. 132.	
XVI.	Saarlouis.	Inf.-R. Graf Werder (4. Rhein.) Nr. 30.	
XVII.	Danzig.	Gren.-R. König Friedrich I. (4. Ostpr.) Nr. 5.	
	Graudenz.	Kulm. Inf.-R. Nr. 141, I. und II. Batl.	
XVIII.	Wiesbaden.	Füf.-R. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80, I. und II. Batl.	Nur für Studierende der Technischen Hochschule Darmstadt.
	Homburg v. d. H.	Füf.-R. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80, III. Batl.	
	Darmstadt.	Leibgarde-Inf.-R. (1. Großherzogl. Hess.) Nr. 115.	
	Gießen.	Inf.-R. Kaiser Wilhelm (2. Großherzogl. Hess.) Nr. 116.	
	Worms.	Inf.-R. Prinz Carl (4. Großherzogl. Hess.) Nr. 118.	
XX.	Deutsch-Eylau.	Inf.-R. Freiherr Hiller von Gaertringen (4. Pos.) Nr. 59, I. und III. Batl.	
	Lyck.	2. Masur. Inf.-R. Nr. 147, I. und II. Batl.	
XXI.	Mörchingen.	Inf.-R. Graf Barfuß (4. Westfäl.) Nr. 17.	
	Weißenburg.	Inf.-R. Markgraf Karl (7. Brandenb.) Nr. 60.	

Vorstehendes wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 4. Oktober 1913.

Der Kriegsminister.

Im Auftrage: Wild von Hohenborn.

# Ministerial-Blatt

für

## die Preussische innere Verwaltung.

Herausgegeben

### im Ministerium des Innern.

Erscheint am Schlusse eines jeden Monats. Zu beziehen durch alle Postanstalten und die Preussische Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von jährl. 6 Ml. Die einzelne Nummer wird zum Preise von 20 Pfg. p. Bg. abgegeben.

N<sup>o</sup>. 12.

Berlin, 31. Dezember 1913.

74<sup>ter</sup> Jahrgang.

**Inhalt:** I. Allgemeine Verwaltungssachen. 167) Verfügung vom 22. Oktober 1913, betr. Beistandsleistung in Fürsorge (Zwangsz) Erziehungsangelegenheiten. S. 201. — 168) Verfügung vom 26. Oktober 1913, betr. die Versicherung von Standesbeamten auf Grund des Angestellten Versicherungsgesetzes. S. 214. — 169) Verfügung vom 2. Dezember 1913, betr. die Ausführungsbestimmungen zu § 129 der Reichsversicherungsordnung. S. 214.

II. Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute. 170) Verfügung vom 18. November 1913, betr. die Anlegung der Bestände öffentlicher Sparkassen in Inhaberpapieren. S. 215. — 171) Bekanntmachung vom 26. November 1913. S. 216.

III. Polizeiverwaltung. A. Gendarmerie. 172) Verfügung vom 21. November 1913, betr. die Berechnung und Zahlung der den Oberwachtmeistern und Gendarmen zustehenden Remontegelder, Fußbeschlagsbeihilfen und Vergütungen für Fahrradbeschaffung und Unterhaltung. S. 217. — B. Gewerbepolizei. 173) Verfügung vom 1. Dezember 1913, betr. die Zuwiderhandlungen gegen die weingesetzlichen Bestimmungen. S. 224. — 174) Verfügung vom 2. Dezember 1913, betr. die Zulassung von Kindern und Jugendlichen zu Lichtspielvorführungen. S. 224. — C. Gefängniswesen, Straf- und Besserungsanstalten. 175) Verfügung vom 22. November 1913, betr. die Beförderung von Kindern bei Gefangenen-Sammeltransporten. S. 229. — D. Polizei der öffentlichen Ordnung. 176) Verfügung vom 22. November 1913, betr. die Vorschriften für Radrennen ohne Benutzung von Motorrädern in überdeckten Hallen. S. 230.

IV. Verwaltung der öffentlichen Arbeiten. 177) Verfügung vom 29. Oktober 1913, betr. die Bestreitung der Unterhaltungskosten in den Dienstwohnungen der Staatsbeamten. S. 231. — 178) Verfügung vom 11. November 1913, betr. Verdingungswesen. S. 232.

V. Militär- und Marine-Angelegenheiten. 179) Nachtrag zur Bekanntmachung vom 4. Oktober 1913, Min.-Bl. f. d. i. V., Nr. 11, S. 199. S. 232. — 180) Verfügung vom 29. November 1913, Verzeichnis der Aerzte, welche im Auslande zur Ausstellung von Zeugnissen über die Tauglichkeit militärpflichtiger Deutscher befugt sind. S. 233. — 181) Bekanntmachung. S. 234.

## I. Allgemeine Verwaltungssachen.

167) Verfügung vom 22. Oktober 1913, betr. die Beistandsleistung in Fürsorge- (Zwangsz) Erziehungsangelegenheiten.

Unter Bezugnahme auf den Runderlaß vom 26. April 1913 (Min.-Bl. f. d. i. V. 1913 S. 83) übersende ich Euerer (Tit.) ergebenst ein Verzeichnis derjenigen Behörden, welche in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen zur Beistandsleistung in Fürsorge- (Zwangsz) Erziehungsangelegenheiten berufen sind (Anl. a) zur gefälligen weiteren Veranlassung.

Berlin, den 22. Oktober 1913.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Herrmann.

An die Herren Oberpräsidenten.